

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Nebenspalten Kolonialzeitung resp. deren Raum 1,-- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Redaktions-Adresse: **Wiederband Sochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Robert Witt, Sochum.**
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Sochum, Wismelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zum 1. Mai.

„Der Mai ist da mit seinen goldenen Lichtern
Und seinen Blüten und gewürzten Düften“,
Mit Nachtigallen und mit Lenzeslüften,
Wie er besungen wird von unsern Dichtern. —

Auch wir, wir grüßen ihn, den Freudenbringer,
Und als den Spender von so vielen Wonnen,
Wenn wir auch kosten kaum vom Freudenbrunnen,
Weil wir noch Kämpfer immer sind und Ringer. —

Doch wird ein Malentag auch für uns kommen,
Wo wir befreit sind von des Druckes Lasten,
Wo uns're Glieder von der Arbeit rasten,
Und der uns wieder bringt was uns genommen. —

Der Zukunftsmai mit seinen Blütenschauern,
Wie wir ihn schon in unsern Träumen sehen,
(Das Banner rauscht, die gold'nen Fahnen wehen)
Und der uns lösen wird von Druck und Trauern. —

Doch kommt er nicht aus dem Schlaraffenlande —
Wir müssen werben um ihn, feurig werben,
Sofern wir Licht und Freiheit wollen erben
Und ledig sein der alten Schmach und Schande. R. K.

Der erste Mai!

Maifest der Arbeit, Fest der sozialistisch denkenden Arbeiter, Fest des Völkervollzugs und der Völkerverbündung!

Der erste Mai ist das Fest der Arbeit. Wir haben keinen Tag im langen Jahre, der diesen Ehrentitel verdient, keinen Tag, an dem die Arbeit, die Trägerin unserer Kultur und die Spenderin alles Schönen, die Welte empfängt. An Festen mangelt es fast nicht, auch nicht an solchen, an denen auch Arbeitermassen stark engagiert werden. Feste, die dem religiösen Kult dienen und solche, die den sogenannten „Großen“ gewidmet sind. Wir sehen Feste an uns vorüberzischen, die den blutigen und barbarischen Massenmord verherrlichen, und wieder gibt es Feste, die sich an die verächtlichsten Ereignisse unserer Geschichte knüpfen. An Festen mangelt es also nicht. Unser Maifest hat mit allen diesen nichts zu tun.

Geboren aus dem Willen des sozialistisch denkenden Teils des arbeitenden Volkes hat die Feier am ersten Mai nichts gemein mit den Veranstaltungen der übrigen Bevölkerung. Schon im inneren Wesen tritt der Gegensatz stark hervor. Panem et circenses — Brot und Spiele — war Grundsatz im alten Rom. Gebt dem Pöbel Brot, damit er satt wird; gebt ihm Spiele, damit er sich betäubt und sein Glend vergißt. Im anderen Fall würde das Volk das Forum bestiegen, sich zählen und seine Stärke fühlen und dann wehe dem schwelgenden Rom! An den Saturnalien ließ man sich sogar so weit herbei, mit den Sklaven an einem Tisch zu sitzen und mit ihnen zu speisen. An den wenigen Tagen dieser Feste durften sich die letzteren frei fühlen und dann stieß man sie in alte Glend zurück. Nicht groß ist im inneren Wesen der Unterschied zwischen den Festen im alten Rom und den heutigen Veranstaltungen, mit denen die herrschende Klasse das arbeitende Volk „beglückt“.

Das Maifest dient keinem „Vergessen der Dinge“. Es ist das Fest, an dem das Volk demonstrativ seinen eigenen Willen kundgibt. Wie es die Erinnerung an die Schmach, die man dem arbeitenden Volke in der Vergangenheit angetan hat, auffrischen soll, so bedingt das Maifest auch das Ausschauen in die Zukunft. Kein Vergessen, weder an dem, was hinter uns liegt, noch der Dinge, die an uns in Zukunft heranreten können. Dadurch wird der Maientag auch zum Kampfesfeste.

Wir verstehen den Haß der herrschenden Gesellschaft gegen diese Arbeiterveranstaltung. Sie hat nicht nur diesen Tag, sondern sie fürchtet ihn auch, wenn man das letztere hier und da auch nicht eingelassen will. Warum denn sonst die Aussperrungen wegen der Maifeier, warum das Schreien nach Polizei, und warum sonst die wüsten Beschimpfungen gegen die Feiernden selbst. Aber trotz aller Verfolgungen hat man bisher der Maifeier keinen Abbruch tun können. Das arbeitende Volk hat sich dieser Fest selbst gegeben und nur das Volk allein ist in der Lage, das Fest aus seiner Hand zu lassen. Wir verkennen durchaus nicht die Opfer, die das arbeitende Volk um diese Feier halber hat bringen müssen, und wir verstehen es sehr wohl, wenn man diese Opfer zu vermeiden sucht, ohne daß der Maifeier der Charakter einer Arbeiterdemonstration genommen wird, aber es gebührt nicht Wenigen, anders zu bestimmen, wenn bindende Beschlüsse uns verpflichten. Das ist unsere Meinung. Und wir freuen uns, daß wir hiermit auch die Ansicht der Mehrheit unserer Freunde und Gesinnungsgenossen wiedergeben.

Aber wie sich auch die Form des Maifestes gestalten möge, ob es beim alten bleibt oder nicht, nichts ändert an der Tatsache, daß

das arbeitende Volk die Pflicht hat, sich Tage zu wählen, an denen es sich der Kämpfe und Forderungen unserer Zeit ganz besonders erinnert. Die Arbeiterschaft wird die Idee des Zusammenwirkens an bestimmten Tagen für seine Ziele nicht fahren lassen, und sie wird die würdigste Form dieses Willens in der Demonstration suchen. Die Demonstration birgt die mächtigste Kundgebung in sich, über die wir zurzeit verfügen. Je nachdem die Kräfteentwicklung der organisierten Arbeiterschaft vorwärts schreitet, wird dieser Demonstration die äußere Form gegeben werden.

Als die würdigste Feier des Maifestes gilt die Arbeitsruhe. Es gebietet aber die Klugheit, daß wir von der Arbeitsruhe absehen, wo den Kameraden starke wirtschaftliche Schädigungen entstehen können: wie Entlassung und langwierige Aussperrungen. Wir sind leider im Bergbau nicht stark genug, um uns den ersten Mai als Ruhetag zu erzwingen. Aber wer wollte unsere Kameraden hindern, sich an den Morgen- oder Abendveranstaltungen der Manifestanten, je nachdem es die Schicht zuläßt, zu beteiligen? Niemand! Darum wird die Beteiligung hier zur Pflicht. Wir hoffen, daß die Beteiligung der Bergarbeiter an der Demonstration eine recht starke wird.

Wehr denn je, haben unsere Kameraden Veranlassung, die Maifeier zu begehen. Vergewaltigungen der Arbeiter stehen an der Tagesordnung, der Uebermut der Kapitalisten kennt, wie die großen Aussperrungen zeigen, kaum noch eine Grenze. Wegen dieser Mißbräuge haben wir am ersten Mai zu protestieren durch machtvolle Demonstrationen. Aber nicht nur gegen die Scharfmacher in anderen Berufen haben wir Front zu machen, sondern auch in unserem Berufe macht sich die Arbeiterverachtung durch die Werkskapitalisten immer breiter. Wir müssen auch eintreten für die Erringung eines freien Koalitionsrechtes, sowie eines besseren Vereins- und Versammlungsrechtes. Wir haben einzutreten für eine gründliche Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Es muß aufführen, daß die Industrie, vornehmlich der Bergbau die Opfer, Menschenleben zu hunderten und tausenden verschlingt. Wir verlangen am ersten Mai laut auch die politische Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes. Freies, gleiches, allgemeines und direktes Wahlrecht an Stelle des Wahlrechts fordern wir. Wir verlangen den Achtstundentag ungekürzt und nicht nur für einzelne Berufe. Wir wollen nicht, daß im Zeitalter der großartig entwickelten Technik die Gesundheit des Volkes systematisch zu Grunde gerichtet wird. Der Fortschritt der Wissenschaft und der Technik soll nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Arbeitern zugute kommen. Alle diese Forderungen sind längst schon übernommen worden, auch von den organisierten Arbeitern, die es von sich weisen, der sozialistischen Partei anzugehören. Es steht darum diesen Leuten schlecht an, im Bunde mit den Scharfmachern die Arbeiterkündigungen am ersten Mai herabzusetzen. So lange es aber doch geschieht, bleibt die Maifeier das Fest der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft.

Aber die Maifeier richtet sich auch gegen den Völkermord, gegen den Krieg. Wir haben nicht nur als Sozialisten und als Gewerkschaftler, sondern auch als Bürger und Menschen gegen diese Barbarei der Völker uns aufzulehnen. Die Bekriegung der Völker zwingt die Menschen zum tierischen Lutz. Es kann keinen mit gesundem Sinne ausgestatteten Mensch geben, der nicht mit Abscheu sich dieser Massenabschlachtung von Menschen erinnert. Das arbeitende Volk will mit dieser Barbarei nichts zu tun haben und auch wir als Bergarbeiter schließen uns der Forderung auf Beseitigung der Menschenmorde an. Die Völker haben alle Ursache friedlich mit einander zu verkehren, das umgekehrte Verhältnis ist unmoralisch und unmenschlich. Das ist auch schon auf internationalen Bergarbeiterkongressen ausgesprochen worden und wir erfüllen eine internationale Pflicht, wenn wir am 1. Mai laut die Beseitigung der Kriege verlangen und den internationalen Schiedsgerichten das Wort reden lassen. Wir haben uns gleichzeitig gegen den Militarismus zu wenden, der dem arbeitenden Volke nicht nur die Blut-, sondern auch die Gütssteuer in drückender Weise auferlegt. Die Kulturforderungen müssen durch den Militarismus leiden. Darum mögliche Beschränkung und schließliche Beseitigung des Militarismus.

Soweit die Forderungen für die am 1. Mai besonders eingetreten werden soll und für die die Demonstration gilt. Wer wollte hier nicht mittun? Es ist ebenso charakteristisch wie unerhört, daß die herrschende Klasse und ihre Trabanten nichts unterlassen, um in der Arbeiterwelt die Wünsche für eine idealere Welt als die vorhandene zu erstickten. Sie, die Herrschenden, aber bekunden durch ihre Haltung gegen die Forderungen der Arbeiter, die auch die Forderungen aller Menschenfreunde sind, daß ihnen das Wohlergehen dieser Klasse recht wenig gilt. Freilich ist diese Haltung zu verstehen. Glauben doch die Herrschenden, daß die brutalen Mißhandlungen des Rechts und der Vernunft ihnen eben ihre Machtstellung sichert. Sie erblicken in jedem Entgegenkommen auf die obigen Forderungen hin ein Preisgeben ihrer Herrschaft und sie fragen wenig darnach, ob sich diese auf das Unglück der Völker aufbaut. Der Kampf gegen diesen viel tausendjährig festgewurzelt herrschenden Gedanken ist darum kein leichter. Aber die Arbeiterschaft muß ihn führen, muß jede Kulturforderung zu erringen versuchen mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln. Zu diesen Mitteln rechnen wir auch die Demonstration am 1. Mai. Darum, Kameraden in allen Revieren, beteiligt Euch in Massen an dieser Kundgebung des arbeitenden Volkes! Hoch der erste Mai!

Unser Jahresbericht für 1905 und 1906.

Der Jahresbericht, erstattet vom Vorstand unseres Verbandes, umfaßt 194 Seiten. In ihm finden wir eine Uebersicht über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Montanindustrie wie auch über die Lage der Bergarbeiter. Besprochen wird das Unrecht, das an dem Bergmann fortgesetzt verbrochen wird und welches zeigt, wie weit noch Rücksichtslosigkeit und Unfruchtbarkeit die preussisch-deutsche Sozialpolitik beherrscht, trotz ihrer Lobpreiser. Ferner wird uns die Geschichte des Verbandes in den beiden verflochtenen Jahren wiedergegeben. Es gereicht dem Bericht zum Vorzug, daß seine Abhandlungen nicht in langatmigem Stil abgefaßt sind. Wir finden in ihm zwar keine federgewandte Schularbeit, doch stehen die Berichtsersteller zu sehr im täglichen Kampf, der ihre Zeit und Kraft völlig in Anspruch nimmt. Manches hätte im Bericht noch gesagt werden können, manche Erfahrung könnte hier nützlich für die Zukunft besprochen werden, aber das, was uns der Bericht zu sagen hat, genügt vollkommen, um unsere Schlüsse für das weitere Fortkommen und Gedeihen des Verbandes zu ziehen. Leider sind wir nicht in der Lage, den ganzen Bericht in unserer Zeitung wiedergeben. Dazu fehlt es an Raum. Wer ein unbedingt Interesse daran hat, den Bericht kennen zu lernen, dem ist und wird hierzu genügend Gelegenheit geboten. Vieles ist den Kameraden auch schon durch unser Organ bekannt geworden, wie die Jahresabrechnung, Zahlenbericht, vornehmlich aber die Besprechungen über die Lage der Bergarbeiter und der Montanindustrie. Gehen wir also den Wiederholungen möglichst aus dem Wege. Auch erbringt es sich, auf alle Einzelheiten, die dem fleißigen Leser des Verbandsorgans wie dem Beobachter der Bergarbeitergeschichte in den letzten Jahren so wie so schon bekannt sein dürften, einzugehen. Wir beschränken uns darum auf eine knappe Darstellung des vorliegenden Materials wie auch auf einige kritische Bemerkungen hierzu.

Der Bericht zeigt uns, daß der Bergarbeiterverband es wohl verstanden hat, als Verfechter der Arbeiterrechte, als Beobachter und Kritiker der wirtschaftspolitischen Vorkommnisse seinen vorgeschobenen Posten in der Arbeiterbewegung auszufüllen. Wenn dem Verband trotzdem in vielen Fällen der gewünschte Erfolg ausblieb, dann lag es sicher nicht an ihm. Noch sind die Feinde stärker, als man glaubt, noch fehlt den Bergarbeitern vielfach das Bewußtsein, daß die Einigkeit und der Zusammenschluß und das Zusammenwirken aller Bergknappen nötig ist, soll großes vollbracht werden. Und selbst da, wo der Gedanke der Organisation in den Köpfen der Bergarbeiter klar gezeichnet hat, ist man sich uneins über Weg und Ziel. Die Folge hiervon ist der unselige Bruderkampf, mit seinen verderblichen Folgen. Diejenigen, die hier dieser Uneinigkeit Vorhieb leisten, die aus allerhand nichtsjagenden Gründen sich der Einigkeit aller Bergarbeiter in den Weg stellen, begehen Verbrechen, deren Größe sie selbst kaum erkennen dürften. Die Nachwelt wird diesen Trägern der Bergarbeiterzerpflerung sicher kein ehrendes Andenken aufbewahren. Manche Beflerung hätte erreicht werden können, manche Schädigung wäre aufgehalten worden ohne den Verderbreit. Es ist aber zur traurigen Tatsache geworden und es ist kein Wunder, wenn auch der Bericht manche Zeile auf den gegenwärtigen Streit verschwenden muß.

Stellen wir fest, was der Bericht über die Entwicklung des Verbandes zu sagen hat. Hier wird zunächst ausgeführt, daß der große Ruhetreib im Jahre 1905 zirka 60000 Anmeldungen brachte, daß aber von diesen nach dem Streik weit mehr als die Hälfte abgingen. Am Jahresschluß verblieben uns noch 24378 Mitglieder zumachs und immer noch ging es abwärts, auch nur noch in sehr geringem Maße. Erst mit der zweiten Hälfte des Jahres 1906 besserte sich die Lage zusehends. Neue Kampfesfreudigkeit brachte auch neuen Mut zur Arbeit mit sich. Der Verband nahm nunmehr fortgesetzt an Mitgliedern zu. Die Mitgliederzahlen im Ruhebeten merzten ihren Verlust aus dem ersten Halbjahr 1906 wieder aus, während der Verband infolge der Kämpfe in den meisten übrigen Revieren viele Aufnahmen zu verzeichnen hatte. Am Schluß des Jahres 1906 zählten wir rund 110000 gegen rund 105000 am Jahresschluß 1905. Ende 1904 hatten wir 80000 Mitglieder. In den beiden Berichtsjahren schieben durch den Tod aus 1225 Mitglieder, außerdem wurde für 831 Mitgliedsfrauen Sterbegeld gezahlt. Unter den Mitgliedern befanden sich am Schluß des Jahres 1906 3032 Frauen. Dann gibt es auch Kameraden, die aus diesem oder jenem Grunde nur Abonnent der Zeitung bleiben, zunächst bleiben müssen.

Wie groß die Fluktuation im Verbands in den beiden Jahren war, erweist man daraus, daß nicht weniger als 52228,80 M. Eintrittsgeld erhoben wurden — also mehr als 100000 Personen Aufnahme in den Verband suchten, dahingegen verließen uns wieder über 70000 Kameraden.

Eine solche Fluktuation gibt schon zu denken. An einer Agitation des Verbandes, die Mitglieder zu erhalten, hat es doch sicher nicht gefehlt. Also müssen andere Gründe vorliegen? Der Bericht gibt zu, daß uns sogar viele Mitglieder fortliefen, die während und namentlich nach dem Streik große Summen aus dem Verband bezogen hatten. Traurig aber wahr. Aber wir stehen mit dieser Mißere nicht allein da. Bei jedem größeren Streik melden sich die Unorganisierten massenhaft an und es müssen schon andere Gründe mitprechen, als die bloße Tatsache des Streiks, wenn nicht viele der Ausgenommenen der Organisation nach dem Kampfe wieder den Rücken kehren. Viele gehen ja als sogenannte Gewerkschaftsflodderer auf die Ausnützung der Verbände bei Streiks aus, aber immer war die Fluktuation bei uns eine solche, daß diesen Umstände nicht alle die Austritte nach dem Nierenkampfe zuzuschreiben sind.

So einmütig der Kampf aufgenommen wurde, so war er unseres Erachtens nicht von solcher Dauer, daß die Ausständigen die gewerkschaftliche Seite des Nierenkampfes vollauf begriffen. Das läßt die Austritte aus diesem Grunde verstehen, wenn auch nicht entschuldigen. Der Bericht gibt eine Reihe weiterer Gründe an, die zu Austritten führten. Zunächst die Verdoppelung der Verbandsbeiträge, dann die stark einsetzende Auswanderung aus dem Ruhrgebiet, ferner das Uebersehen der Ueberwachung. Der Verband war gegennütig, seinerseits gegen das verderbliche System der Ueberwachung mit allen Mitteln vorzugehen. Das paßt organisierten Ueberwachungsbeamten nicht in den Kram. Sie gingen hin und ließen sich um so schneller streichen, wenn sie zur Rechenhaft gezogen wurden. Auf der anderen Seite wieder wurde durch die

Der Verkehr mit den Behörden regelte sich in zufriedenstellender Weise und einige Berufsvereinigungen, die ihre starke Abneigung gegen Arbeitervertreter deutlich erkennen lassen, scheinen sich auch immer mehr mit der Tatsache abzufinden, daß sie unserem Eingreifen keinen Widerstand entgegenzusetzen können. Zufriedenstellend ist auch das Entstehen von Komitees, die wir bei unserer umfangreichen Arbeit auf dem Reichsversicherungsamt finden. Desgleichen sprechen wir an dieser Stelle den Herren ärztlichen Gutachtern, die sich der Mühe unterzogen, in vielen Fällen in vorurteilsfreier Weise eine Nachprüfung der ärztlichen Gutachten vorzunehmen, unsern Dank aus. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht in allen Streitfällen ärztlichen Rat in Anspruch genommen haben, aber in einigen recht wichtigen und vom medizinischen Standpunkt aus schwer zu beurteilenden Fragen haben wir den Rat der ärztlichen Sachverständigen, die sich und ihr Erzeugnis durch freigelegte Kasennote zur Verfügung stellen, eingeholt. In den Fällen, wo die ärztlichen Sachverständigen sich dem einnehmenden Standpunkte der Berufsvereinigungen und der von dieser her abgegebenen Urteile angeschlossen, gestaltete sich in der Regel der Anspruch der Verletzten auschließend. In anderen Fällen ist es uns gelungen, durch sehr eingehend begründete Gutachten hervorragender Berliner Ärzte eine für die Verletzten oder Hinterbliebenen günstige Beurteilung beim Reichsversicherungsamt durchzusetzen. So das Urteil des Sekretariatssekretärs.

Der Bericht gibt dann noch Auskunft über die verfallenen Wahlen zum Reichsversicherungsamt und besagt, daß die Gewerkschaftskarteile und Arbeitervertreter hier nicht alles tun, um den Erfolg zu vergrößern. Hätten die genannten Institutionen besser vorgegriffen, wäre das Gesamtergebnis der Wahl ein besseres gewesen. Der Gesamtbericht der Wahl zeigt immer mehr, welche segensreiche Einwirkung sich die Gewerkschaften durch Erziehung des Zentral-Arbeitersekretariats schufen.

Berggesetzgebung und -Verwaltung.

In bürgerlichen Kreisen finden wir die Nachricht, daß man sich in Bergwerksteilen, auch beim Fiskus, mit der Absicht trägt, an verschiedenen Stellen der Kohlengruben Luftschächte, abschließbare und explosionsfähige Räume, sog. Rettungskammern, einzurichten. Die Verlegungen sollen im Falle der Gefahr des Erstickens oder Verbrennens nach Schlagwetterexplosionen hier Schutz suchen und Rettung finden. Die Zuführung der Luft soll durch Luftrohrleitungen erfolgen, wie auch in den Kammern selbst noch Sauerstoffapparate vorhanden sein werden. Wie weit die Wirkung richtig ist, wissen wir nicht. Diese Luftkammern haben erst dann einen Zweck, wenn sie häufig in der Grube angebracht werden. Aber wer sich mit Schlagwetterexplosionen näher vertraut gemacht, der wird erst die Verlegung über die näheren Umstände, unter denen diese Kammern angebracht werden, abwarten müssen, ehe er sich ein Urteil über die Brauchbarkeit dieser Einrichtung fällen kann. Es genügt da schon der Hinweis, daß passende Einrichtungen nicht geringe Kosten verursachen und darum sind wir im Zweifel, ob die Grubenbesitzer sich für dieses Projekt erörtern.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Denkschrift über die Kohlenindustrie. Dem Reichstag ist vom Staatssekretär Grafen v. Posadowski nunmehr der umfangreiche dritte Teil der Denkschrift über das Kohlenwesen vorgelegt worden. Dieser Band behandelt die Kartelle der Kohlenindustrie und umfaßt 420 Seiten. Die kontraktualistischen Verhandlungen über die Kohlenindustrie haben in der ersten Hälfte 1903 stattgefunden und betrafen das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat, die Oberösterreichische Kohlenkonvention und das Westfälische Kohlenyndikat. Die in diesen Verhandlungen niedergelegten tatsächlichen Angaben sind in der Denkschrift bearbeitet und durch weitere Mitteilungen bereichert. Ebenso sind die seit 1903 eingetretenen Veränderungen berücksichtigt und besonders wichtige Vorkommnisse in der Montanindustrie seitdem mit in die Darstellung einbezogen. Die Statistik reicht bis zum Jahre 1905, aber wir finden auch Angaben auf später hinaus. Die Denkschrift enthält außer den vorgenannten Abhandlungen: Kartelle der Steinkohlenindustrie ihre Organisation und Geschichte, die näheren Festsetzungen über die Regelung der Produktion, Beteiligungsfragen, Konzentrationsbewegung, Stilllegung der Gruben, Verschmelzungsfragen, Gültigenfrage, Regelung der Preise, Regelung des Absatzes, Ausfuhr usw. nebst einer Reihe von Anlagen obiger Fragen betreffend. In der Einleitung beschäftigt sich die Denkschrift mit der monopolistischen Tendenz der Kartelle in der Kohlenindustrie und weist auf die Gefahren hin, die durch diese Tendenz für das Gemeinwohl entstehen können, sobald Mißbrauch mit dem Monopol getrieben wird. Auf der andern Seite aber wird auf die Faktoren hingewiesen, die die monopolistischen Tendenzen der Kohlenindustrie in Schranken halten. Wir kennen ja die Stellung die neuerdings die preussische Regierung diesem Privatmonopol am Bergwerkseigentum entgegenbringt. Sie sind die Ausläufer der in der Denkschrift zu Tage tretenden Gedanken. Wir kommen gelegentlich näher auf diese Denkschrift noch zurück.

Kohlenknappheit und Kohlenyndikat. Die Wertspresse schreibt: In der kürzlich an den Landtag gerichteten Eingabe des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund gegen die Berggesetznovelle ist auch auf die Maßnahmen hingewiesen, durch die das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat im letzten Jahre der Kohlenknappheit im Inlande zu begegnen versucht hat. Vornehmlich handelte es sich dabei für das Syndikat darum, im Interesse des heimischen Verbrauchs sowohl ausländische als inländische Lieferungen zum Teil mit fremder Kohle zu erfüllen, und nach dem Auslande verkaufte Mengen zurückzukaufen. In welchem Umfange das geschehen ist, darüber gibt der soeben erschienene dritte Teil der im Reichsamt des Innern bearbeiteten Denkschrift über das Kohlenwesen für die ersten zehn Monate des letzten Jahres Aufschluß. Für diese Zeit haben die überseeischen Verpflichtungen des Syndikats 1 438 603 T. betragen, davon hat das Syndikat geliefert in eigenen Kohlen 804 681 T., in englischen Kohlen 209 998 T., zurückgekauft 378 924 T. In Erfüllung der Verpflichtungen nach Holland, Belgien und Frankreich sind insgesamt 515 971 T. englische Kohlen geliefert und 77 738 T. zurückgekauft worden. Für den hiesigen Markt betragen die entsprechenden Mengen 928 412 T. (englische Kohlen) und 80 392 T. zurückgekauft Kohlen. In inländischen Gebiet beziffern sich die Mengen fremder, und zwar sowohl englischer wie oberösterreichischer Kohlen, mit 172 468 T., die Mengen, die für das inländische Gebiet im ganzen frei gemacht worden sind, auf 319 038 T. Zu letzteren Mengen gehören 34 500 T., die an der Peripherie zurückgekauft worden sind, 73 370 T., die auf spätere Lieferungen verschoben werden konnten, weil die Verbraucher sie leicht durch englische Kohlen ersetzen konnten, sowie 38 200 T., hinsichtlich deren abgelaufene Verträge nicht erneuert worden sind. Die Gesamtsumme der vom Syndikat zu Gunsten des inländischen Marktes erstellten Kohlenmengen beträgt hiernach 1 765 000 T. Es ist nicht außer Acht zu lassen, daß diese Maßnahmen, durch die die inländischen Verbraucher vor größeren Verlegenheiten und eigentlichen Kohlenmangel verschont geblieben sind, durchweg mit großen Opfern verbunden waren. Hätte wohl unter ähnlichen Verhältnissen eine staatliche Verwaltung in gleichem Umfange die regelmäßige und stetige Versorgung des Marktes gewährleistet? Das darf billig bezweifelt werden. — Die Herren dergleichen hier nur anzugeben, daß es weder ideale noch sonstige auf das Gemeinwohl abzielende Gründe waren, die sie zwangen, so zu handeln, wie sie es taten. Freilich hat das Syndikat Opfer bringen müssen, weil es nicht in der Lage war, den Bedarf zu decken, die Nachfrage war eben größer, als die momentane Leistungsfähigkeit. Aber das Syndikat löste nichts weiter als einen alten Geschäftskampf aus, als es Kohlen ankauft, um seinen hohen Einfluß auf die Marktlage und den Kundenteufel seiner Geschütterung auszuüben. Die Preispolitik des Syndikats sorgte ja auch dafür, daß die Bergwerksbesitzer trotz der Opfe nicht zu Schaden kamen. Ob unter ähnlichen Verhältnissen eine staatliche Verwaltung so gehandelt hätte? Warum nicht. Es kommt nur darauf an, wer den Kurs wirklich zu kontrollieren verhtet. Bis jetzt haben sie sich — Syndikat und Fiskus — gegenseitig kaum etwas vorzuwerfen. Beide üben geschäftskapitalistische Praktiken, sie üben sie gleich aus, wenn sie in gleicher Lage sich befinden und ändern ihr Tun, wenn es ihr Interesse erheischt. Man lasse aber einmal einen wirklichen Volkswillen auf die fiskalische Grubenbesitzerhaft zu und wir werden sehen, daß der Fiskus auch anders handeln — muß. Also auch diese Argumente, wie sie von den Bergwerksbesitzern gegen die neue Berggesetznovelle ins Feld geführt werden, werden unser Urteil über diese Novelle selbst nicht ändern.

Unternehmensgewinne. Das Jahr 1900 konnte bisher für die Berg- und Hüttenindustrie seit uralten Zeiten als das gewinnreichste bezeichnet werden. Mit ihm kann sich höchstens das verfloßene Jahr noch messen. Ja es gibt eine Anzahl von Gruben und Hüttengesellschaften, deren Geschäftsabschlüsse für das Jahr 1900 viel höher als Gewinn bezugweise Dividenden aufzuweisen haben, wie die Abschlüsse von 1900.

Wir haben schon im einzelnen auf die letzten Gewinnabschlüsse in der Bergwerkswelt hingewiesen. Begleitet sind die Geschäftspraktiken von hohen Abschreibungssummen, hoher Lantien um usw. Aber immer noch ist die verbleibende Restsumme, die in Gestalt von Dividenden in die Taschen der Werkbesitzer fließt, eine solche Höhe, daß es einem schwingelig von diesen Zahlen werden kann. In wenigen Jahren erhält der Aktionär sein eingezahltes Kapital zurück, und ohne einen Handschlag weiter zu tun, fließen ihm jährliche Rezenssummen zu. Wir lassen hier eine Zusammenstellung der Betriebsergebnisse von einzelnen kleinen Gesellschaften in der Berg- und Hüttenindustrie folgen, im Vergleich zu einzelnen schon vorher:

Name der Gesellschaft	Kapital	Ergebnisse im Jahre 1905	Ergebnisse im Jahre 1906	Ergebnisse im Jahre 1907	Ergebnisse im Jahre 1908	Ergebnisse im Jahre 1909	Ergebnisse im Jahre 1910
Gründerbergwerk	1 800 000	8 411 829	8 838 108	13 724 210	14 970 280	13 191 280	13 191 280
Gründerbergwerk	8 000 000	8 101 210	4 801 635	8 847 805	8 882 133	11 111 111	11 111 111
Gründerbergwerk	7 000 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000
Gründerbergwerk	7 000 000	8 274 482	8 872 201	8 840 287	1 240 833	1 240 833	1 240 833
Gründerbergwerk	14 000 000	9 052 219	9 958 918	1 577 283	1 000 000	1 000 000	1 000 000
Gründerbergwerk	7 200 000	4 598 359	5 018 910	2 857 358	3 520 178	3 520 178	3 520 178
Gründerbergwerk	7 200 000	1 049 976	2 829 014	1 248 014	1 700 678	1 700 678	1 700 678
Gründerbergwerk	12 000 000	7 84 000	1 210 000	2 018 276	2 500 000	2 500 000	2 500 000
Gründerbergwerk	8 500 000	638 828	1 010 228	1 815 894	2 129 785	2 129 785	2 129 785
Gründerbergwerk	9 000 000	829 388	1 107 288	1 004 585	2 571 935	2 571 935	2 571 935
Gründerbergwerk	9 000 000	1 04 132	1 161 000	1 16 883	1 220 000	1 220 000	1 220 000
Gründerbergwerk	6 000 000	977 458	1 600 000	1 038 208	1 220 000	1 220 000	1 220 000
Gründerbergwerk	6 000 000	1 107 644	1 270 000	1 023 702	2 032 851	2 032 851	2 032 851
Gründerbergwerk	12 000 000	938 679	488 822	1 601 370	1 600 000	1 600 000	1 600 000
Gründerbergwerk	7 000 000	428 648	488 822	1 188 017	1 600 000	1 600 000	1 600 000
Gründerbergwerk	10 500 000	980 000	1 645 078	876 135	1 143 385	1 143 385	1 143 385
Gründerbergwerk	6 000 000	876 500	738 657	1 880 526	8 661 111	8 661 111	8 661 111
Gründerbergwerk	10 000 000	1 880 800	1 880 800	1 880 800	1 880 800	1 880 800	1 880 800
Gründerbergwerk	10 200 000	2 220 000	2 240 000	4 088 502	4 378 642	4 378 642	4 378 642
Gründerbergwerk	11 500 000	2 180 000	3 000 000	3 854 458	4 028 138	4 028 138	4 028 138

Bergmann lese, begreife, und organisiere dich!
Bergwerksförderung in Bayern. Die Gesamtproduktion der Bergwerke und der unterirdischen Steinbrüche und Gräberereien im Berichtsjahre 1906 betrug 1 977 077 Tonnen im Gelbwerte von rund 1 620 000 Mk. gegen 1 868 818 To. im Werte von rund 1 300 000 Mk. im Vorjahre. In dieser Mehrförderung von 118 099 To. sind die Stein- und Braunkohlen- sowie die Eisenerzgruben mit einem Mehr von 104 522 To. beteiligt. Es wurden im Jahre 1906 an Steinkohle gefördert 1 381 176 To. gegen 1 315 677 To. im Jahre 1905, das sind 65 499 To. mehr, von welcher Mehrförderung 44 148 To. auf die pfälzischen, 18 681 auf die oberbayerischen Werte und 4672 auf die Steinkohlengrube zu Stockheim entfallen. Trotz der im Vorjahre erfolgten Einstellung des Betriebes der Grube Nordfeld, welche im Jahre 1904 eine Förderung von 88 092 To. hatte, ist die Kohlenförderung in der Pfalz wieder auf ihre damalige Höhe gekommen. Die Braunkohlengruben wiesen im Jahre 1906 wieder eine Mehrförderung gegen 1905 von 17 076 To. auf. Er betrug die Produktion der im Jahre 1906 in Betrieb gestandenen sechs Braunkohlengruben 140 290 To. gegen 123 216 To. im Vorjahre und 53 517 To. im Jahre 1904. Die oberpfälzischen Braunkohlengruben haben im Jahre 1906 nur eine geringe Mehrerzeugung zu verzeichnen, an 35 670 To. gegen 31 716 To. im Jahre 1905. Die Produktion an Eisenerzen betrug 202 541 To. im Wert von 1 723 124 Mk. gegen 180 594 To. im Vorjahre, so daß sich auch hier eine Produktionssteigerung von 21 947 To. ergibt. An sonstigen Erzen wurden im Jahre 1906 3458 To. Schmelz- und Magnetkies und 460 To. sonstige Vitriolserze gewonnen. Die Kupfererzgruben hatten keine Förderung. Im Jahre 1906 standen im Betrieb: 14 Steinkohlengruben, auf welchen beschäftigt waren 644 Personen, 27 Erzgruben mit 1015 Personen, ein Steinfallwerk mit 108 Personen, ferner 378 unterirdische Steinbrüche und Gräberereien (inkl. Bohrungen) mit 1589 Personen, demnach im ganzen 326 Werke mit 11 216 beschäftigten Personen gegen 330 Werke mit 10 775 beschäftigten Personen im Vorjahre.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Friedensschluß im Schneidergewerbe.
 Die ersten Mitteilungen über die Beendigung der Schneiderausperrung waren zu ungenügend gehalten, um sich klar zu werden über die Bedingungen, zu denen die Gehilfen die Arbeit aufnehmen sollten. Es schien, als hätten erst nach der Rückkehr zur Arbeit die Verhandlungen über die Tarifvorlagen aufgenommen werden. Allerdings war dies die Absicht der Arbeitgeber und ihr Verbandsvorstand in München formulierte die Vereinbarungsbedingungen, wie folgt in einem Telegamm an den Vorsitzenden des Schneiderverbandes:
 St ü h m e r - B e r l i n.

Wir nahmen Kenntnis von Ihrer Absicht, die schwebenden Differenzen auf folgender Grundlage beizulegen: 1. Die Streits- und Aussperrungen werden beiderseits am Mittwoch aufgehoben und die Arbeit wird allerorts Donnerstag früh aufgenommen. 2. Etwasige Unbehagen der von den Arbeitgebern vorgelegten Tarife und anderen brüchigen Tariffragen werden in dieser Woche nach Wiederaufnahme der Arbeit zwischen Ihren Filialen und unseren Ortsgruppen beigelegt. 3. Maßregelungen finden unter gegenseitiger Verbürgung nicht statt; noch am Plage befindliche Gehilfen kehren zu ihren früheren Arbeitgebern zurück und müssen wieder eingestellt werden. — Wir stimmen Friedensschluß unter diesen Voraussetzungen zu und werden nach Einlauf Ihrer telegraphischen Zustimmungsbefestigung sofort das weitere veranlassen.
 Vorstand A. B. a.

Damit erklärte sich die Leitung der Gehilfenorganisation jedoch nicht einverstanden. Sie erwiderte vielmehr, daß die Worte „nach Wiederaufnahme der Arbeit“ aus der Vereinbarung gestrichen wurden. Erst dann erklärte man sich auch auf Seite der Gehilfen mit dem Friedensschluß einverstanden. Die Gehilfen sind also nicht verpflichtet, so ohne weiteres die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu wissen, was bei den Verhandlungen über die „etwasigen Unbehagen“ herauskommen wird. Die Verhandlungen haben in den verchiedenen Städten begonnen, sind aber noch keineswegs überall zu Ende geführt. Wo es sich um Akkordarbeit handelt, da sind

selbstverständlich sehr viele Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen zwischen den Vertretern der Parteien zu erledigen. Das läßt sich nicht übers Antz brechen.

Terrorismus.

Die christliche Gewerkschaftspresse wird nicht milde, jeden „Terrorismusfall“ der sich seitens freier Gewerkschaftler gegenüber christlichen Arbeitern zugetragen haben soll, mit großem Bedauern betrachten. Wir haben so oft unsere Stellung zu diesen Vorkommnissen bargelegt, so daß es nicht mehr nötig erscheint, hierauf noch Worte zu verlieren. Ost waren wir auch in der Lage, den Verbreitern solcher „Terrorismusfälle“ nachzuweisen, daß sie die Öffentlichkeit belogen, mit Tatarennachrichten überschüttet hatten. Verhätigungen erfolgten entweder gar nicht, oder es geschah nur durch einzelne Organe. Zeitungen, die sich über eine derartige Kampfesweise zu schämen konnten lassen, haben kein Recht, anderen Moral zu predigen. Wir sind heute wiederum in der Lage, eine solche christliche Darstellung über den Terrorismus freier Gewerkschaftler ins rechte Licht zu rücken. Es handelt sich um einen Fall aus Ingolstadt, der besonders hart von der christlichen Presse mitgenommen wurde. Sollten doch auf einem Bau die Verbindungsregeln und die Stride durchschnitten und die Stellen mit Holzrinde bedeckt worden sein, damit einem auf dem Bau beschäftigten christlichen Arbeiter der Todessturz in die Tiefe nicht mehr, sobald er seine Arbeitsstelle einnahm. Diese unerhörte Sachlage wurde jedoch entdekt und den Betroffenen wurden folgende Worte in den Mund gelegt, als sie den betreffenden Arbeiter zu Gesicht bekamen: „Ist so net runter g'flogen?“ „Es ist kein Schaden, wenn ein halbes Duzend Christliche laput gehen, es gebe ohnehin schon zu viel“. Dieser Fall war den „Christlichen Wäcker“ aus ihre Mühle. Obwohl die Ingolstädter Bauarbeiter nichts von dem Vorfalle wußten und selbst die Polizeibehörde daselbst erklärte, hier von nichts zu wissen, lag man diese Art feischweg weiter. Vornehmlich trug die alte Anstaltsdamme am Rhein, die „Abtische Volkszeitung“, wie gewöhnlich zur weitesten Verbreitung dieser Geschichte bei. Auch der „Bergknappe“ ließ es sich nicht nehmen, diese Begebenheit zu benutzen, um über den „Fah der Genossen gegen die christlichen Gewerkschaften“ zu jeteren. Seine Agitatoren hatten neues Material. Sogar ein gerichtlicher Antrag wurde in Ingolstadt gestellt. Nun, das Gericht in Ingolstadt hat sich denn auch kürzlich mit dieser Sache beschäftigt. Aber die Christlichen werden äußerst wenig von dem Ausfall der Verhandlung erbaut sein. So schreibt die „Christliche Arbeiter-Zeitung“ des Herrn Breidebach-Erfeld u. a. folgendes:
 „Der gerichtliche Antrag der Sache hat nun ergeben, daß die schwere Anschuldigung unhaltbar war. Der Redakteur der „Ingolstädter Zeitung“ war von seinem Gewährsmann belogen worden. Angesichts dessen ließ auch der Vertreter der so schwer verleumdeten Arbeiter Gnade für Recht ergehen, indem derselbe von einer Bestrafung Abstand nahm und in folgenden Vergleich einwilligte:
 „Redakteur Baumer nimmt die aufgestellten Behauptungen mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück, übernimmt sämtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich der den Privatklägern erwachsenen Auslagen, sowie die durch die Publikation dieses Vergleiches in den beiden am Orte erschienenen Zeitungen erwachsenen Kosten.“
 Angesichts der Niedertracht der Beschuldigung kann man nur sagen, daß sich der Vertreter der Anklage beim, die verleumdeten Arbeiter wirklich edel benommen, während auf den Ankläger in Ditzlicht das Wort:
 „Der schlechteste Mensch im ganze Land,
 Das ist und bleibe der Denunziant!“
 voll und ganz zutrifft. Wst über solche schlechte Tat!“
 Man sollte glauben, die übrigen „Christlichen“ Gewerkschaftsblätter schlossen sich dem Urteil Breidebachs an. Aber nein. Leute, die wie Breidebach noch über ein gewisses Maß von Unstandsgefühl verfügen, stehen in den „frommen“ Kreisen ziemlich vereinsamt da. So suchen wir in den meisten christlichen Gewerkschaftsorganen wie in der Zentrumspresse vergeblich nach einer Verhätigung. Auch der „Bergknappe“ kennt den Ausgang der Verhätigung, schweigt aber. Diesen Schwarzen trifft das Breidebach'sche Wst doppelt.

Der Abt Terrorismus? Die Scharfmacher im Unternehmer-Verband der Holzindustrie in Düsseldorf versenden an ihre Kollegen daselbst folgendes Zirkular:
 „Arbeitgeberverein der Holzindustrie und“
 Schreinerinnung Düsseldorf
 Düsseldorf, den 12. April 1907.
 An unsre Mitglieder!
 In der außerordentlichen gemeinsamen Generalversammlung vom 10. April wurden eine Reihe Herren gewählt, welche in den nächsten Tagen alle Betriebe daraufhin kontrollieren sollen, ob Schreiner aus den im Lohnkampf befindlichen Orten hier beschäftigt werden. Abgesehen von der Ehrenpflicht, unsere kämpfenden Kollegen durch Nichterhaltung von deren Leuten zu unterstützen, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß es sahrungsgemäß bei hoher Strafe verboten ist, Streikende oder Ausgeperrte aus Verbandsorten zu beschäftigen. In Frage kommen folgende Orte:
 1. Berlin und Vororte, 2. Kiel, 3. Wurg, 4. Lübeck, und zwar seit Anfang Januar,
 5. Bernau, 6. Dresden, 7. Leipzig, 8. Halle, 9. Görtz, 10. Spandau, 11. Barnen, diese seit Ende März.
 Da mehrfach die Schreiner kurze Zwischenstellen in andern, besonders kleinen Vororten, benutzt haben, um so ihre Herkunft aus Streikorten zu verschleiern, wolle man nicht nur die letzte Stelle prüfen, sondern an Hand der ja nach Provinzen verschiedenen Quittungsmarken auf den Invalidentorten genau feststellen, ob einer der obigen Orte in Frage kommt.
 In diesen Fällen sind die Betreffenden säumigst zu entlassen, selbstredend unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften inbezug auf etwaige Abfindungssfrist und Vollaendung von Akkorden.
 Die Personalien derartiger Leute bitte dem Vorsitzenden des Arbeitgebervereins umgehend zu melden, ebenso wie etwaige zweifelhafte Fälle.
 Freiwillige Beiträge für Berlin und die andern Kampforte bitte den mit der Sammlung beauftragten Herren Karl Stürmann und Werschul oder direkt dem Kassierer des Arbeitgebervereins, Herrn Gottlieb Neumann, baldigst zu überweisen.
 Mit kollegialem Grusse:
 Der Vorsitzende des Arbeitgebervereins:
 Paul Siebel.
 Der Obermeister der Schreinerinnung:
 Feintich Judys.“

For'mährend salbader Unternehmer und bürgerliche Presse über Terrorismus der freigewählten Arbeiter, und hier über diese Hiter der Gewerkschaftsordnung selbst einen unerhörten Terrorismus aus. Den Unternehmern wird hohe Strafe angedroht für den Fall, daß sie Arbeiter, die sich nichts zusehendes können leisten, die nur das Recht für sich beanspruchen, eine eigene Meinung haben zu dürfen, nicht entlassen. Und nicht das allein verlangen die Scharfmacher, sie fordern auch noch die Personalien der Arbeiter, um sie dauernd ächten zu können. Sie hindern Arbeitwillige an der Arbeit. Offener kann nicht gegen § 158 der Gewerbeordnung gehandelt werden. Die Staatsanwaltschaft behauptet stets, sie sei die objektive Behörde; wir wollen einmal abwarten, ob sie Anklage erhebt, und ob die Unterzeiger des Zirkulars mit dem Gesagten Bekanntheit machen. Große Besorgnis brauchen die Leute nicht zu hegen, denn wir leben in dem Lande, in welchem ein Minister das Wort prägen konnte: „Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe.“

Die Aussperrung im Hamburger Hafen ist beendet! Die Aussperrten nehmen die Arbeit auf, nachdem zwischen den Reedern und der Leitung des Hafnarbeiterverbandes folgender Vergleich zustande kam: 1. Abziehung der ausländischen Streikbrecher und Einstellung der alten Schauerleute. Es befinden sich zur Zeit 3000 Engländer und 2000 andere Streikbrecher im Hafen. Die Mehrzahl der Engländer kann gleich abgehoben werden, andere haben einen Kontrakt von vier Wochen abgeschlossen. Nach Ablauf derselben werden auch diese Streikbrecher entlassen. 3000 Schauerleute können sofort die Arbeit aufnehmen. Der Rest allmählich. Von den inländischen Streikbrechern haben sich 300 bis 350 als Kontraktarbeiter anwerben lassen; eine Zahl, die für die Einstellung der Aussperrten nicht in Frage kommt. Die Tagelöhner sollen bis 10 Uhr abends, also mit vier Arbeitsstunden verlängert werden können, während die Nachtschicht acht Stunden betragen soll. Es werden für beide Schichten dann je 8 Mk. Lohn gezahlt. Bis zu einer endgültigen Regelung der Nacharbeit werden die Arbeitgeber in Verhandlungen mit den Arbeitern bleiben. Maßregelungen finden nicht statt, wie auch zur Regelung von Streitigkeiten eine ständige Kommission ge-

„auf die Störung des Friedens und der Gesellschaftsordnung ausgehe“. Damit wird man selbstverständlich den sozialistischen Gedanken nicht aus Japan herauschaffen können, aber man sieht doch, daß die herrschende Gesellschaft daselbst sich die Schamacher der industriell schon entwickelten Staaten zum Muster genommen haben. Aber man wird auch noch schnell genug einsehen lernen, daß solche übernommenen Schamacherischen Sitten das Gegenteil von dem hervorbringen, als was man sich so sehr nachher herbeiwünscht. Auch gewerkschaftlich rühren sich die japanischen Arbeiter. So sind im Februar unter den Arbeitern im Kupferminenbezirk von Utsio (nördlich von Tokio) infolge der schlechten Behandlung der Arbeiter durch die Beamten Unruhen ausgebrochen. Wie die „Rheinische Zeitung“ sich melden läßt, haben die meisten Beamten ihre Entlassung genommen. Gegen die Arbeiter wurde das 15. Infanterie-Regiment mobil gemacht. Weiter stellten die Unruhen die Angehörigen der verstaatlichten Neppon-Eisenbahn, wie auch 800 Arbeiter der verstaatlichten Oniwa-Eisenbahn in eine Bewegung. Am 27. Februar lehnten sich etwa 90 Arbeiter der Fudsi-Baumwollspinnerei auf und gingen zu Tätlichkeiten über. Am 10. Februar stellten auch 800 Zimmerleute der Witsui Witsui-Werke in Nagasaki unter der Führung einer Oportogenen Bohrerhebung die Arbeit ein; Vorkrieg trat auf der Sachalin zunächst liegenden Insel Hokkaido ungefähr 700 Arbeiter der Dubari-Kohlengruben mit einer ähnlichen Forderung in den Ausstand.

Knappschäftliches.

Die kranke Knappschäftsmittglieder behandelt werden. Darüber kann der Bergmann A. Z. zu Laer ein Erlebnis sagen. Z. erkrankte am 26. Januar an Muskelerkrankung. Da diese Krankheit im Krankenhaus besser behandelt werden kann, ließ der Erkrankte sich am selben Tage dem kath. Krankenhaus zu Bochum überweisen. Hier wurden ihm Dampfäder verordnet, welche in bezug auf sein Leiden auch eine gute Wirkung ausübten, andererseits aber auch den Körper schwächten. Am 8. Februar bat Z. den Lazarettarzt, Herrn Dr. Nagel um seine Entlassung, um die Kur bis zur gänzlichen Beseitigung zu Hause fortzusetzen. Z. tat dies hauptsächlich im Interesse seiner starken Familie, damit diese das ganze Krankengeld erhielt. Hiermit war Herr Dr. Nagel auch einverstanden. Als sich Z. aber am selben Tage bei seinem Revierarzt, Herrn Dr. O. zu Laer vorstellte, wies dieser ihn in Behandlung zu nehmen, weil die Vorleserin des Krankenhauses, Schwester Marika, auf dem Entlassungsschein vermerkt hatte: „Geheilt und erwerbsfähig“. Ohne den Kranken zu untersuchen, erklärte Herr Dr. O., Z. müsse arbeiten, wenigstens den Versuch dazu machen. Da Z. jedoch aufstehende war, zu arbeiten, begab er sich am nächsten Tage nach dem Krankenhaus und bat Herrn Dr. Nagel den Entlassungsschein entsprechend zu ändern. Herr Dr. Nagel erklärte das jedoch unter Hinweis auf die Mandatbemerkung des Scheins für unmöglich, da auf diesen hin keiner zur Arbeit zugelassen werden dürfte. Es wäre vielmehr Pflicht des Revierarztes, ihn zu untersuchen und demnach seine Verfügung zu treffen. Hierauf begab sich Z. zur Knappschäft, um beim Direktor Beschwerde gegen Dr. O. zu führen, doch war auch dies vergeblich, da der Herr Direktor keine Besuche empfängt. Auch der Versuch, auf Zimmer 5 eine Beschwerde gegen Dr. O. zu protokollieren zu geben, schlug fehl, da die Herren Beamten sich weigerten, die Beschwerde zu protokollieren zu nehmen. Z. beantragte nun, sofort vom Knappschäft aberkannt zu werden, dies geschah auch und von diesem wurde ihm bescheinigt, daß er wegen allgemeiner Entkräftung erwerbsunfähig sei. Gleichzeitig wurde er zur weiteren Behandlung dem Knappschäftskrankenhaus zu Gelsenkirchen überwiesen. Am 12. Februar wurde Z. auf seinen Wunsch als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen, die Not in seiner Familie zwang ihn, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er hatte jedoch keine Kräfte bedeutend überhäuft, denn nach Beendigung der ersten verfahrenen Schicht fühlte er sich so schwach, daß er kaum von seinem Arbeitspunkte zum Schacht gelangen konnte. Er erklärte seinen Arbeitskameraden gegenüber, daß er doch wohl wieder feiern müsse, was auch geschah. Am 28. Februar nahm er dann erneut die Arbeit auf, zog sich aber durch den Temperaturwechsel, aus dem Krankenhaus direkt zur Zeche, noch eine Halsentzündung zu und mußte wieder feiern. Dies behandelte Herr Dr. O. nun als „neuen Erkrankungsfall“, und machte auch einen entsprechenden Vermerk im Krankenschein, wodurch Z. für die ersten drei Tage kein Krankengeld erhielt. Von der Entkräftung war überhaupt nichts im Krankenschein vermerkt. Kamerad Z. hat sich jetzt beschwerend über den das Oberbergamt gemandt, die Sache ist jedoch zurzeit noch nicht erledigt.

So geht es erkrankten Arbeitern, wenn sie die Wohlthaten einer Kasse in Anspruch nehmen müssen, die zum weitesten größten Teile von Arbeitergrößen fundiert wird. So etwas wäre unmöglich, wenn die Arbeiter einen ihrer Beitragsleistung entsprechenden Einfluß auf die Kasse ausüben könnten. Diesen aber zu erstreben ist Pflicht jedes Bergarbeiters, das kann aber nur durch die Organisation geschehen.

In voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ brachten wir den Bericht des Vorstandes des Allgemeinen Knappschäftsvereins zu Bochum über die letzte Vorstandssitzung desselben. Wir müssen auf diesen heute noch einmal zurückkommen, da uns der vom Vorstände gefasste Beschluß betreffend Einberufung einer Generalversammlung auf den 1. Juni d. J., welche dem Vorstände das Recht oder die Befugnis einräumen soll, einem Rückversicherungsverbande beizutreten, nicht ganz unbedenklich erscheint. Zu dem Bericht über die Vorstandssitzung heißt es in bezug hierauf: „Der Vorsitzende berichtete über die Verhandlungen betr. Bildung eines Rückversicherungsverbandes und teilte mit, daß man in den Bezirksversammlungen der Knappschäftsvereine einmütig der Ansicht gewesen sei, die Frage, ob die Bildung eines Rückversicherungsverbandes als zweckmäßig und wünschenswert erscheine, einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und eine Kommission, bestehend aus den Herren Geh. Regierungsrat Dr. Weidmann-Berlin und Knappschäftsdirektor Köhne-Bochum, mit der Aufsertigung eines Entwurfes der Satzungen für diesen Verband zu betrauen. Ferner sei man einhellig der Ansicht gewesen, daß es zweckmäßig sei, die Satzungen der Knappschäftsvereine schon jetzt dahin zu ergänzen, daß den Vorständen die Befugnis gegeben werde, einem Rückversicherungsverband beizutreten. Diese Veränderung der Satzungen bedeute noch nicht den Beitritt zum Verbande, sondern es sei dann noch der Prüfung des Vorstandes überlassen, ob er den Beitritt für zweckmäßig halte. Wünschenswert sei es ferner, die Knappschäftskassenkommissionen vorher über die Vorteile eines Rückversicherungsverbandes aufzuklären und hiermit Herrn Direktor Köhne zu betrauen.“

Der Vorstand stimmt diesen Anregungen zu und beräumt eine Generalversammlung auf den 1. Juni 1907, nachmittags 3 1/2 Uhr an, mit folgender Tagesordnung: Aenderung der Satzungen vom 20. Dezember 1899.

Der Vorstand beantragt, dem § 79 der Satzung vom 20. Dezember 1899 folgenden Absatz 2 anzufügen:

„Der Vorstand ist befugt, im Wege des Vertrages mit anderen preussischen Knappschäftsvereinen einen Rückversicherungsverband zu bilden.“

Daß die Schaffung eines Rückversicherungsverbandes ein Fortschritt auf Knappschäftlichem Gebiet ist, darüber ist kein Zweifel, es ist dies der erste Schritt zur Vereinheitlichung des Knappschäftswesens, die dringend notwendig und seit langem von uns gefordert wird. Aber ob der Rückversicherungsverband für die Arbeiter wirklich Vorteile bringt, hängt doch lediglich von den Satzungen desselben ab. Diese kennen die Aeltesten aber nicht; sie sollen auf der Generalversammlung nicht darüber beschließen, daß die erwäutelt vorteilhaften oder auch unvorteilhaften Satzungen des Rückversicherungsverbandes akzeptiert werden sollen, sondern dem Vorstände die Befugnis erteilen, allein darüber zu befinden und das scheint uns, wie gesagt, sehr bedenklich. Nach dem 1. Januar 1908 unterliegt der Abschluß eines Rückversicherungsverbandes, welcher eine Aenderung der bisherigen oder neue Satzungen bedingt, der Zustimmung der Generalversammlung (§ 170 und § 177 b Knappschäftsgesetz). Nach dem 1. Januar 1908 kann also die Generalversammlung nicht ausgeschaltet werden, dann soll aufeinander versucht werden, dies vor dem 1. Januar zu bewerkstelligen. Dem steht aber das jetzige Statut im Wege, welches für den Vorstand keine Vollmacht zur Abschließung eines Rückversicherungsvertrages vorsteht. Deshalb unterbreitet der Vorstand der Generalversammlung den Antrag auf Ergänzung des § 79 der jetzigen Satzungen. Wird der Vorstandsantrag angenommen, dann ist die Umfassung der Satzungen eines Rückversicherungsverbandes durch den Vorstand für den Verein rechtsverbindlich und kann durch eine Generalversammlung nicht abgelehnt werden. Die Statuten eines Rückversicherungsverbandes brauchen sich aber nicht auf die Auernehmung der Dienstpflicht, freien Uebertritt aus einem Verein in den andern und ähnlich engbegrenzte Aufgaben zu beschränken. In keiner Stelle im Gesetz sind in bezug auf die Aufgaben der Rückversicherungsverbände Grenzen gezogen. Im Allgemeinen Knappschäftsverein zu Bochum will

man im Gegenteil die grundlegenden Bestimmungen die noch zu bildenden Satzungen schon im Statut des Rückversicherungsverbandes festlegen. 40 Prozent der Einnahmen sollen der Kasse des Rückversicherungsverbandes überwiesen werden. Im Entwurf der neuen Satzungen des Allgemeinen Knappschäftsvereins ist das in anderen Knappschäftskassen nicht zu zahlende Kindergeld nicht mehr vorgesehen. Lieber die Höhe der Invalidenpensionen sagt der Statutenentwurf des Allgemeinen Knappschäftsvereins gar nichts. Doch wohl nur deshalb nicht, weil sich diese nach dem Statut des Rückversicherungsverbandes richten sollen. Unter den geübteren Knappschäftsvereinen in Preußen ist der Allgemeine Knappschäftsverein Bochum derjenige, in dessen Generalversammlung auf Arbeiterseite eine festgeschlossene Majorität für berechnete Arbeiterforderungen vorhanden ist. Diese Majorität soll am 1. Juni ihr Mitbestimmungsrecht an den Vorstand abtreten; darum handelt es sich nach unserer Ansicht, um nichts anderes. Hoffentlich lehnt die Majorität der Aeltesten den Antrag ab. Mag der Vorstand doch die Statuten des Rückversicherungsverbandes vorlegen. Die Mehrheit der Aeltesten wird allen annehmbaren Bestimmungen eines Rückversicherungsverbandes zustimmen. Wir kennen unter den Aeltesten keinen, der grundsätzlicher Gegner eines Rückversicherungsverbandes wäre.

Mißstände auf den Gruben.

Aubrrevier.

Zeche Carolinengrube. Die Verwaltung dieser Zeche müssen wir wieder einmal auf verschobene, auf dieser Zeche vorhandene Mißstände aufmerksam machen und um Abstellung derselben ersuchen. Bei der heutigener Jagd nach Kohlen scheint manches übersehen zu werden, was jedoch für die Arbeiter verhängnisvoll werden kann. So herrscht häufig Holzsmangel; es kommt vor, daß vor manchen Orten 4-5 Meter verholet bleiben. Daß dadurch unter Umständen Menschenleben gefährdet werden, braucht wohl kaum noch besonders gesagt zu werden. Ferner ist es nötig, daß die Fahrschächte besser in Ordnung gehalten werden, damit sie auch von den Arbeitern benutzt werden können und diese nicht gezwungen sind, andere verbotene Wege zu benutzen, was ebenfalls mit Gefahr für die Arbeiter verbunden ist. Und endlich müßten wir die Verwaltung auch ersuchen, der Wasserkasse, und besonders den Frauen in der Wadestadt mehr als bisher ihr Augenmerk zuzuwenden. Sehr häufig streiken eine Anzahl derselben und weigern sich hartnäckig, Wasser zu spenden, so schließlich auch die „Kumpels“ nach oben blicken, von wo doch sonst alles Gute kommt. Wenn sich Herr Fahrsteiger Z. um diese Mißstände bekümmerte und für Abstellung derselben sorgen würde, so wäre das nach Ansicht der Arbeiter viel besser, als nachzugeben, was von den Arbeitern im Verbands ist. Das ist übrigens ein Gebiet, wovon Herr Z. doch nichts versteht, wie seine Bemerkungen über die Organisation beweisen. Auch bei den Bewohnern der Kolonie scheint darauf gesehen zu werden, daß die Kolonien nur in nicht von den Verbändlern „verfälscht“ werden. Verschiedene Kameraden, welche die „Wohlfahrts-einrichtungen“ räumen mußten, sind der Ansicht, daß daran ihre politische Ueberzeugung schuld sei. Doch das alles nützt der Verwaltung ja nichts, denn sie weiß wohl sehr ausgiebig, aber sie weiß noch lange nicht wie der gesonnen ist, der an dessen Stelle hineinzieht. Und da kann es leicht vorkommen, daß sie den Teufel durch Beizehub austreibt und der Nachkommung noch mehr zur „Verfälschung“ der Kolonie beiträgt als sein Vorgänger.

Zeche Couri. Unter neuer Betriebsführung würde sich gerade nichts vergeben und an Autorität auch nichts einfließen, wenn er nicht immer die schroffe Seite zu heranstelerte. Kürzlich kam die Witwe eines Kameraden, welcher auf dieser Zeche in Arbeit gestanden, am Tage vor Ostern aber gestorben war, zum Betriebsführer und bat um eine Unterstützung aus der Unterstützungskasse. Der Herr Betriebsführer meinte jedoch, sie hätte 150 Mark Sterbegeld erhalten, hätte demnach die Unterstützung nicht nötig. Aber sie hätte sie ihren Mann nicht so kurzweilig verdingen lassen brauchen. Weiter gab der Herr Betriebsführer der Frau den Rat, nach der Sparkasse zu gehen und dort Geld abgehoben, wenn sie es nötig hätte. Das letztere wäre ja ein ganz guter Rat; nur schade, daß man auch bei der Sparkasse Geld eingezahlt haben muß, um welches abheben zu können. Oder weiß uns der Herr Betriebsführer eine Sparkasse anzugeben, die auch Geld an Personen auszahlt, die dort nichts einbezahlt? Auch hielt man am letzten Lohntage von dem noch auf der Zeche stehenden Lohn des verstorbenen Kameraden der Witwe gleich die Wohnungsmiete für zwei Monate ab, obgleich die Wohnungsmiete garnicht im Mißstande war. Die Verwaltung glaubte wohl, die Frau würde später nicht in der Lage sein, die Miete zahlen zu können und nahm daher dieselbe schon vorher, damit ja die Zeche keinen Schaden erleide. Demnach scheint die Verwaltung wohl selbst nicht an den Reichtum der Witwe zu glauben; darum ist es uns aber unverständlich, weshalb man ihr mit ihren drei Kindern die Unterstützung verweigert.

Zeche General-Grubstollen. Von hier wird uns berichtet, daß auf diesem Rütt eine Anzahl Mißstände vorhanden wären, die dringend der Abstellung bedürften und darum einer Kritik unterzogen werden müßten. Im Schacht regne es derartig, daß die Wäsche nie halb überflüssig sei. Die Kumpels erhalten schon ein Bad bei der Einfahrt, und wenn sie den Förderkorb verlassen, könnten sie die unteren Extremitäten im Querschlag abspülen, so viel Wasser stünde darin. Auch wäre es dringend notwendig, daß für diese Zeche ein besonderer Tierchutzverein im Interesse der Werde gegründet würde. Dann wird aber auch seitens der Arbeiter besonders darüber geflagt, daß das zum Vermehren nötige Holz, oder doch nicht genügend davon, bis in die Waue geliefert wird. Die Arbeiter sind häufig gezwungen, das Holz vom Schachte bis zur Arbeitsstelle zu tragen, erst 4-500 Meter durch den Querschlag, und dann auch noch 50-60 Meter die Ueberhänge hinauf. Wir meinen, daß das eine unnütze Qualerei der Arbeiter ist. Wenn diese sich schon vor Beginn der Schicht beim Holztransport abdrücken müssen, muß ihre Leistungsfähigkeit bei ihrer eigentlichen Arbeit darunter leiden. Außerdem erhalten die Arbeiter dafür auch nicht das geringste vergütet, sie müssen sich also für nichts abquälen. Die Löhne, welche auf dieser Zeche verdient werden, sind auch nicht derartig, daß die Arbeiter mit Rücksicht darauf solche Arbeiten gratis machen könnten. Hauertlöhne von 3,50-4,20 Mk. sind gar keine Seltenheit. Auch gegen die Bestimmungen betreffend Arbeiterchutz wird verstoßen. So hat kürzlich der Aufsichtshauer K o n e l i u s einem Lehrling befohlen, unter einer Stelle heraufzusteigen, wo mehrere Stützen fehlten und das Gebirge in der Fiste 4-5 Meter hoch ausgeleitet war. Ferner sollen hier Arbeitspunkte sein, die bloß in der Mittags- und Nachtschicht belegt sind, morgens aber zugelegt werden. Die Bergbehörde dürfte gut tun, mal nachzusehen, welche Beheimnisse sich dahinter verbergen.

Zeche Karl Funke (Geislingen). Das Strafwesen steht auf dieser Zeche in schönster Blüte. Besonders viel wird gefasst wegen Fördern unreiner Kohle und wegen Mindermaß. Ob die Arbeiter aber schuld an diesen Mängeln sind oder nicht, danach wird nicht gefragt. Mag uns die Verwaltung doch einmal sagen, wie man aus einem Fäß, das mit zwei Steinkeisen durchsetzt ist und worauf zum Ueberfluß noch ein Nachfall von einem Fuß Mächtigkeit lagert, reine Kohlen fördern kann, wobei besonders Rücksicht auf die niedrigen Bedinge und die miserablen Beleuchtung genommen werden muß. Ebenso verhält es sich mit den Wetzungen wegen Mindermaß. Vor Ort werden wohl alle Wagen voll geladen, aber wenn bei dem Transport durch die Schantelbahn Kohlen verloren gehen, auch zusammengerüttelt werden, dann sind doch die Arbeiter nicht schuld daran, wenn der Wagen, wenn er zu Tage gekommen ist, Mindermaß aufweist. Darum höre man doch endlich damit auf, Arbeiter für etwas zu bestrafen, was sie garnicht verschulden. Sorge man lieber dafür, daß alles in der Grube in Ordnung ist. So gleicht der Querschlag im Revier III schon vier Wochen einem See, die Arbeiter wissen nicht, wie sie trodenen Fußes hindurchkommen sollen; Sorge die Verwaltung nur dafür, daß er wieder trocken gelegt wird. Ferner sind die Lampen in der Regel schlecht gepuht, was deren Leuchttrag gerade nicht erhöht. Ach, wir könnten noch eine ganze Reihe weiterer Mißstände aufzählen, wollen es jedoch für heute unterlassen, hoffen aber, daß sich die Verwaltung mehr als bisher darum bekümmert und für Abstellung derselben Sorge trägt.

Zeche Minister Achenbach. Als vor einiger Zeit Mißstände von diesem Werke in der Zeitung einer Kritik unterzogen wurden, war die Verwaltung gleich mit einer Berichtigung bei der Hand. Trotzdem sind hier aber noch Mißstände genug vorhanden. Am Montag, den 19. März, war hier höherer Besuch, wo jedenfalls alles in schönster Ordnung befunden wurde. Aber man sehe sich nur die Zustände während des Schichtwechsels unten in der Grube an, dort steht alles voll leerer Wagen, so daß die Arbeiter nicht hindurch zu kommen wissen. Ferner muß die „Fudelei“ auf der zweiten Sohle bei der Seilfahrt geübt werden. Es kommt vor, daß bei der Einfahrt auf der ersten Sohle die Fahrmarken den Einfahrenden nicht abgenommen werden. Diejenigen, welche keine Marke abgegeben haben, stürmen dann an Schichtende nach der zweiten Sohle und drängen nach vorne, um auf den Förderkorb

und zu Tage zu gelangen. Dadurch entsteht aber oft ein gefährliches Gedränge und außerdem werden auch diejenigen, welche ihre Fahrmarken bei der Einfahrt abgegeben haben, überfordert, indem sie später herauskommen, als sie herauskommen müßten, wenn die richtige Reihenfolge eingehalten würde. Wir ersuchen die Verwaltung Abhilfe zu schaffen.

Zeche Kumpels. Sehr wenig Entgegenkommen zeigt der auf dieser Zeche beamtete Steiger M o r s e n n den Arbeitern gegenüber, besonders aber, wenn die Arbeiter von der Zeche abgehert sind und noch irgendwie, sei es bei Erhebung des auf der Zeche noch stehenden Lohnes oder sonstwie mit Herrn M. in Verbindung kommen. So erging es auch einem Kameraden am 9. April, der abgehert war und bei seinem feilgehenden „Vorgefekten“ erschien, um einen Abschlag auf seinen Lohn in Empfang zu nehmen. Steiger M. tat, als wenn der Arbeiter vollständig auf war, und ließ ihn nur mittags 2 Uhr 25 bis 3 Uhr 15 Minuten stehen. Mehrere Anmahnungen des Arbeiters, ihn doch abzufertigen, hatten keinen Erfolg bei dem Steiger, er erlebte zunächst seine anderen Arbeiten alle und der Kumpel mußte warten. Auch eine Beschwerde beim Betriebsführer brachte nicht den gewünschten Erfolg. Durch derartige Schikanen glauben solche Beamte wohl zeigen zu können, wie hoch sie über so einem gewöhnlichen Kumpel stehen. Vielleicht soll damit auch die „Autorität“ gemacht werden. Und sind während der Zeit, in der wir auf der Grube beschäftigt waren, ziemlich häufig Beamte begegnet, welche durch so kleinliche Schikanierungen der Arbeiter ihre „Würde“ und Macht zeigen wollten. Wir haben aber auch stets gefunden, daß wir es bei solchen Leuten mit recht ungebildeten Menschen zu tun hatten. Bei Beamten, die man zu den halbwegs gebildeten zählen konnte, haben wir dagegen derartiges nie bemerkt. Da an solchem Gebahren aber, wie gesagt, die mangelnde Bildung der Betroffenen schuld ist, so gibt es auch kein durchgreifendes Mittel dagegen. Am besten hilft man sich in solchen Fällen, indem man den an vorbestimmtem Uebel leidenden Beamten erkennen läßt, daß man sich über die Ursache ihrer Handlungsweise vollständig klar ist und sie auch dementsprechend behandelt. Wir haben sogar gefunden, daß dadurch die betreffenden Beamten auch immerhin etwas gebessert wurden, denn sozial Begriffsvermögen besitzen sie in der Regel doch, daß es ihnen unangenehm wird, wenn sie von Arbeitern als ungebildete Trottel behandelt werden.

Zeche Bondern III. Hier führt der Fahrsteiger ein strammes Regiment. Kürzlich wurden 37 Kameraden mit je 1,50 Mark bestraft, weil sie bis 6 Uhr nicht in der Grube waren, dabei waren sie früh genug am Schachte gewesen. Sie konnten aber doch nicht davon, daß noch so viele vor ihnen waren, welche also auch vor ihnen hineinbeordert werden mußten. Aber wenn so auf Ordnung gesehen werden soll, dann müssen wir auch verlangen, daß es immer geschieht; auch bei der Ausfahrt, da nimmt man es aber so genau nicht. Auch im Querschlag auf der 310 Meterhöhe muß Ordnung geschaffen werden, dort steht das Wasser bis über die Schienen, so daß man nicht hindurch zu kommen weiß. Wir ersuchen die Verwaltung, Abhilfe zu schaffen.

Zeche Wiedahlshaus. Ueber Mißstände herrschen hier auf der fünften Sohle, Flöz Girondelle III, im Revier des Steigers P e r b e k e m p e r. Der Querschlag gleicht einem alten Bau; die Stempel sind gebrochen und die Geleise sind so schlecht imstande, daß es nicht möglich ist, einen Kohlenzug darüber hinweg zum Schachte zu bringen, ohne daß die Wagen verschiedene Male in die Wassergasse fallen. So lagen am 5. April beim Schichtwechsel an einer Stelle drei und einige Meter weiter zwei mit Kohlen beladene Wagen darin. Auch sonst im Revier muß besser verfahren werden. So gingen am 8. April der ganze Querschlag und mehrere Meter Strecke zu Bruch und hierbei hätten beinahe zwei Kameraden ihr Leben eingebüßt, welche gerade an der Stelle sich befanden und nur mit knapper Not sich vor den hereinbrechenden Gesteinsmassen retteten. Das mangelhafte Verbanen hängt aber zum Teil zusammen mit dem hier eingeführten System, daß das Aufrechtstellen der Förderstrecken mit zum Bedinge gehört, also für die Reparaturen besonders nichts bezahlt wird. Die Kameraden können sich und ihre Familien bei der ewigen Gratis-Reparaturarbeit nicht ernähren und daher kommt es, daß die Strecken in Unordnung geraten. Häufig fehlen auch leere Wagen, wodurch die Arbeiter Schaden erleiden, indem sie nicht arbeiten können und darum auch nichts verdienen. Die Verwaltung dieser Zeche scheint sich ganz besonders aufs Sparen verlegen zu wollen, sie fängt dies aber an verkehrten Ende an. Als die Schleppe seierzeit einige Grobchen Lohngelage vor Schicht forderten, wurden sie mit ihrer Forderung abgewiesen. Jetzt ist der größte Teil derselben abgehert, und nur müssen Lehrling Schleppearbeiter verzichten, denen doch ein bedeutend höherer Lohn gezahlt werden muß, als ihn die Schleppe forderten. Ebenso fehlt es an Reparaturbauern. Auch hier sind nur die niedrigsten Löhne an dem Mangel derselben schuld. Möge die Verwaltung den Arbeitern nur auskömmliche Löhne zahlen — und dazu ist sie in heutiger Zeit ganz besonders in der Lage — dann wird auch kein Mangel an Arbeitskräften sein. Das wäre vorteilhafter für die Arbeiter und auch für den Betrieb, denn unter dem heutigen Sparsystem leiden beide.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Juro. Von hier wird uns gemeldet: Eine eigenartige Methode scheint hier eingeführt werden zu sollen, um die Arbeiter gefügig und ihnen besonders begrifflich zu machen, daß sie jedes ihnen präsentierten Bedinge unterbeziehen zu akzeptieren haben. So müßte kürzlich ein Arbeiter sofort ausfahren, weil er das ihm angebotene Bedinge als zu niedrig bezeichnete. Auch sind die Arbeiter hier der Ansicht, daß bei Befestigung der Bedinge weniger auf die Beschaffenheit des Gesteins, als auf die der politischen und anderen Ansichten der Arbeiter Rücksicht genommen würde. So fällt es besonders den Arbeitern auf, daß „Arbeitswillige“ ständig vor Betriebsorten arbeiten, wo sie Löhne von 80 bis 90 Mark monatlich verdienen, während andere, die nicht in so gutem „Geruche“ stehen, trotz aller Schufterei nicht mehr als 62-65 Mark verdienen können. Werden sich die Arbeiter beschwerend über den Direktor, dann will das Herr Obersteiger P e i l nicht gutheissen; er verlangt, die Arbeiter sollen zu ihm kommen, er würde wohl für Abhilfe sorgen, wenn berechtigte Beschwerden vorlägen. Daß die Beschwerden über solche Besorgungen einzelner gerechtfertigt sind, glauben die Arbeiter annehmen zu dürfen, trotzdem ist bisher keine Aenderung geschaffen worden. Wenn man schon die Bedinge nicht entsprechend regeln will, dann könnten die Belegschaften der einzelnen Arbeitspunkte doch einmal umgewechselt werden, es würde sich dann ja herausstellen, ob der Mehrer verdient derjenige, welche immer die hohen Löhne verdienen, aus deren größeren Fleiß oder größere Geschicklichkeit zurückzuführen ist. Will man diesen Versuch nicht machen, dann würden die Arbeiter daraus den Schluß ziehen müssen, daß die Verwaltung gewisse Elemente innerhalb der Belegschaft tatsächlich bevorzugen will. Wir glauben, daß diese Zeiten dazu beitragen werden, daß die Löhne in Zukunft besser geregelt werden. (Sinen solchen Glauben haben wir in Isacal noch nicht gefunden. Wir glauben vielmehr, daß auf „Juro“ erst dann gerechte Lohnverhältnisse eintreten werden, wenn die Bergarbeiter sich so organisieren, daß sie dadurch Besserung erzwingen können. (Anmerk. d. Red.)

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Grube Leonhard I. Es ist nötig, daß die Mißstände auf dieser Grube, der Öffentlichkeit einmal unterbreitet werden. Die Strecken sind teilweise so niedrig, daß man, um mit dem Wagen hindurchzukommen, die Art mitnehmen muß, um mit derselben die Durchfahrt freizumachen. Zerbrochene Bäume, total zusammengetriebene Strecken, sind etwas ganz gewöhnliches. Holzsmangel, sowie schlechter Wasserabfluß sind auf dieser Grube chronisch. Ist es doch vorgekommen, daß das Wasser in der Doppellöhre Fußhoch stand, aber trotzdem ging die Schufterei immer weiter. Ob dadurch die Arbeiter sich Krankheiten, hauptsächlich Rheumatismus zuziehen, kommt bei der Verwaltung aufeinander nicht in Betracht. Es soll auch zugegeben werden, daß in dieser Grube ein sehr unangenehmes Gebirge vorhanden ist, aber dann sollte härteres, den Verhältnissen entsprechende Holz geliefert werden; unbedürftig darum, ob für die Aktionäre etwas weniger abfällt. Denn erst kommt nach unserer Ansicht die Gesundheit der Arbeiter und nicht der Profit in Frage. Ueber die Behandlung der Arbeiter von seiten Beamten ist nicht zu klagen. Nur der Bruchschläger M o s t, welcher vor dem Straß Hauer war und jedenfalls infolge seiner Arbeitswilligkeit diesen Posten bekommen hat, gebärdet sich, als wenn der Betrieb vollständig in seinen Händen ruht und die Beamten lassen ihm auch vollständig freie Hand. Auch das Bad läßt viel zu wünschen übrig, denn das Wasser ist oft so schmutzig, daß die Arbeiter befürchten durch das Baden schmutziger zu werden, als sie aus der Grube kommen. Eine Veranlassung befaßt sich schon mit diesen Mißständen und hat die Stellungnahme der Belegschaft dazu jedenfalls der Verwaltung gezeigt, daß es für die Verwaltung an der Zeit ist, mit diesen Zuständen gründlich anzuräumen.

Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst. Die Verwaltung dieses Werkes müssen wir ersuchen, für bessere Bewetterung des Schachtes Sorge zu tragen, damit sich nicht die Arbeiter die ganze Schicht im Qualen befinden, was deren Gesundheit unnützlich ruiniert. Auch die Löhne sind hier so niedrig, daß es nicht möglich ist, damit eine Familie

Streiks auf den Altenburger Kohlenwerken annehmen, denn der Ding habe dieses bei 2000 Mark Konventionstrafe verboten! Der Herr Obersteiger war auch so freundlich, dem Kameraden die Liste der streikenden Belegschaft zu zeigen, und zwar in so ausführlicher Weise war dieselbe angefertigt, daß neben Vor- und Zunamen, Wohnort, Geburtsjahr und Jahr, auch nach der Eintritt in die Arbeit auf dem befreiten Werke angegeben war. Offenbar, damit jedes Mißverständnis bei Annahme eines Arbeiters ausgeschlossen sei. Herr Rechtsanwalt Kühne, der Vorkämpfer der Altenburger Kohlenwerke, weiß jedoch nach seiner eigenen Aussage nichts davon.

Königreich Sachsen.

Kulturbw. Einen sonderbaren Eifer, immer neue Wohlfahrts-einrichtungen zu erfinden, bekundet seit dem Streik die Verwaltung der Leipziger Braunkohlwerke zu Kulturbw. Ganz besonders werden die Arbeitswilligen vom letzten Streik mit der Wohlfahrtserei überhäuft. So sollen diesen 1000 Kostfreie gratis verabfolgt werden und weitere 8000 für den Preis von 10.50 Mk. Ferner sollen sie jährlich einen Urlaub bis zur Dauer von 1-8 Tagen erhalten, je nachdem, wie lange sie auf dem Werke beschäftigt sind. Wer auf den Urlaub verzichtet, dem sollen dafür pro Tag 4.00 Mk. vergütet werden. Weiter sind noch sechs Preise gestiftet worden bis zur Höhe von 15 Mk. für diejenigen, welche ihre Gärten am besten in Ordnung haben; und endlich sollen diejenigen, welche alle Schichten während des Jahres regelmäßig gearbeitet haben, die Steuern am Jahresende vom Werk zurückerstattet erhalten. Die Arbeitswilligen, denen diese schönen Sachen alle besetzt werden, müßten sich bei denen, die gestreikt haben, dafür bedanken, denn ohne den Streik hätten sie es nicht erhalten. Die Verwaltung irt sich aber, wenn sie glaubt, daß die Kameraden, welche gestreikt haben, neidisch darauf sind, daß die Arbeitswilligen auf ihre Kosten bewohlfahrtet werden. Jeder anständiger Arbeiter verzichtet auf die ganze Wohlfahrtserei, er verlangt sein Recht! Vor allem verlangt er einen anständigen Lohn und Verkürzung der übermäßig langen Arbeitszeit. Und die Verwaltung mag sich nur keine Illusionen machen. Wenn sie nicht gutwillig den Arbeitern gibt, was ihnen zukommt, dann werden auch wieder Streiks kommen und wenn sie die Arbeitswilligen mit noch soviel Wohlfahrtserei überhäuft.

Provinz Posen.

Sohensatz. In Nr. 15 der „Bergarbeiter-Zeitung“ brachten wir von hier eine Notiz, worin gesagt war, daß der Betriebsführer des dortigen Salzbergwerks dem Arbeiterausschuß, als dieser ihm eine Lohnforderung der Arbeiter unterbreitete, geantwortet hätte: „Zulage gibst mit dem Skuttel“. Ferner schrieben wir in der Notiz, Herr Direktor Diehl hätte gesagt: „Wurde nicht paßt, her mag gehen, wie werden so wie so Arbeiter aus dem Rheinland herbeiholen“. Jetzt erhalten wir von dort ein Schreiben, worin wir auf Grund des § 11 des Preussengesetzes ersucht werden, zu berichten, daß das nicht wahr sei. Diese „Verichtigung“ sendet uns aber nicht der Herr Betriebsführer des Werkes oder der Herr Direktor Diehl, sondern ein Mitglied des Arbeiterausschusses. Wir nehmen an, daß der Herr Betriebsführer oder der Herr Direktor Veranlasser dieser Verichtigung sind, darum wollen wir dem Arbeiter keinen Vorwurf machen. Wenn dieser es nicht wußte, her oder die Veranlasser der „Verichtigung“ müßten wissen, daß der Arbeiter nichts zu berichtigen hatte. Was in die „Verichtigung“ ein Beweis dafür, daß unsere Angaben in der fraglichen Notiz nach den Tatsachen entsprechen. Im übrigen ersuchen wir unsern Gewährsmann, sich zu der Sache zu äußern.

Südwestdeutschland und Reichslande.

Am Sonntag den 7. April fand eine Belegschaftsversammlung der Grube Hovingen statt, die einen für die Bergarbeiter günstigen Verlauf nahm. Die Beamten, vom Betriebsführer abwärts, waren in der Versammlung anwesend und die Verhandlungen zwischen der Verwaltung und den Arbeitern waren recht interessant. Kamerad Berg sprach zunächst über die Verhältnisse auf den Gruben, und wies nach, daß bei einigen guten Willen es für die Grubenverwaltung ein leichtes sei, die Zustände auf dem Werke zu bessern. Zunächst griff dann der Herr Betriebsführer in die Diskussion ein, dem die Angaben Bergs über die hohen Dividenden zu hoch schienen, aber doch nicht nachweisen konnte, daß sie unrichtig seien. Nach diesem sprachen dann einige Kameraden der Belegschaft, die einige Mißstände auf dem Werke kritisierten. Besonders wurde über das Mißgeschick bittere Klage geführt. Einige ältere Kameraden führten an, daß früher 2000 bis 2200 kg. für den Wagen gezahlt wurden, heute bekämen sie nur mehr 1600 bis 1700 kg. pro Wagen gutgeschrieben. Der Herr Betriebsführer bestritt dies und erklärte, solange er auf Grube Hovingen sei, würde das volle Gewicht gezahlt. Auf Grund dessen verlangten die Kameraden eine einmalige Kontrolle durch eine von der Versammlung zu wählende Kommission, um die Wagen auf ihren Inhalt zu prüfen. Der Herr Betriebsführer, dem ein rechtliches Vemitteln, geregelte Verhältnisse zu schaffen, allem Unfug nach nicht abgesprochen werden kann, stützte sich zunächst auf die Arbeiterausschüsse. Dieses rief bei den Arbeitern eine lebhaftige Debatte hervor, es wurde betont, daß man einen Arbeiterausschuß auf dem Werke nicht kenne und sehr viele nicht wüßten, wie er zustande gekommen sei. Mit der Betriebsverwaltung sei aber doch ein Verhandeln möglich, und wurde beschlossen, eine dreigliedrige Kommission zu wählen. Die Wahl wurde sofort vorgenommen. Weiter versprach der Herr Betriebsführer, daß eine Wage angeschafft werden solle und auf einem Nebengelände aufgestellt, worauf die Wagen 6-8 Sekunden zum Abwiegen aufgestellt werden könnten, um eine genauere Prüfung der Wagen herbeizuführen, was von der Versammlung lobend anerkannt wurde. Diese Versammlung hat gute Früchte gezeitigt und die Bergleute wünschen immer zu einmütigen Verhandeln zwischen Unternehmer und Arbeiter. Es soll aber auch an dem Willen der Bergarbeiter nicht fehlen und den der Organisation noch fernstehenden Kameraden soll dies ein Fingerzeig sein, wohin sie gehen. Sinein in den Bergarbeiterverband. Denn Einigkeit und Unerbittlichkeit führen uns zum Ziele hin.

Reichenberg (Bayern). Am 14. April fanden hier die Arbeiterausschüsse statt, welche leider mit einer Niederlage für uns endeten. Die von Werkbeamten während der Wahlhandlung geübten Praktiken haben es vermocht, daß wir mit 6 Stimmen unterlagen. Wir erhielten 309 Stimmen, während auf die Gegner 315 entfielen. Wegen die Wahl ist Protest erhoben und es ist sicher zu erwarten, daß die seitens der Beamten geübten Wahlbeeinträchtigungen, sowie andere unzulässige Handlungen für ungültig erklärt werden, und daß sich die Befreunden ihres „Sieges“ nicht allzulange erfreuen werden.

Bahnbewegungen und Streiks.

Selbstentzünden. Wenn Nichtorganisierte die Arbeit niederlegen. Die seit dem 17. April streikenden Rangierer des Schaller-Gruben- und Hüttenvereins drangen in die Fabrik, um die arbeitswilligen Arbeiter mit Gewalt an der Arbeit zu hindern. Der Aufforderung, die Fabrik zu verlassen, kamen sie nicht nach. Bei der gewaltsamen Entfernung widerlegten sie sich, wobei mehrere Arbeitswillige verletzt und die Fenster des Wiegehauses bei dem Tumult demoliert wurden. Die seitens der Streikenden abgegebenen Revolvererschüsse verfehlten zum Glück ihr Ziel. Die Polizei konnte acht Rädelführer verhaften.

Südwestdeutsches Braunkohlenggebiet. Die Arbeiter der Briten-fabrik, Schallmayer bei W a c h e m, halten in einer am 24. März stattgefundenen Belegschaftsversammlung beschlossen, mit Lohnforderungen an die Verwaltung heranzutreten. Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen und eine hierzu gewählte Kommission beauftragt, dieselbe der Betriebsverwaltung zu unterbreiten. In der Resolution war ausgesprochen, daß die Arbeiter auf dem Werke Schallmayer mit Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise, Steuern und Wohnungsmieten usw. unbedingt eine Lohnerhöhung fordern müßten, da sie außerstande wären, mit den bisher verdienten Löhnen ihre Familien ausreichend zu ernähren. Gleichzeitig wurde die Kommission beauftragt, folgende Forderungen der Betriebsverwaltung zu unterbreiten:

- 1. Für Presser, Maschinisten, Heizer, Trockenhaus- und Kettenbahnarbeiter soll ein Stundenlohn von mindestens 40 Pfg. gezahlt werden; an Maschinisten und Heizer soll außerdem eine Stunde extra bezahlt werden.
- 2. Für 24-stündige Sonntagsarbeit in der Fabrik, muß mindestens 2 1/2 Schicht in Anrechnung gebracht werden. Für Sonntagsarbeiten auf dem Braunkohlendock soll bei sechsstündiger Arbeitszeit ein Mindestlohn von 4.50 Mk., und für Ueberarbeit für jede weitere angefallene Stunde ein Stundenlohn von 40 Pfg. gezahlt werden.
- 3. Schuppenarbeiter über 16 Jahre erhalten einen Tagelohn von mindestens 3.50 Mk., jugendliche Arbeiter unter 16 Jahre 2 Mk. bis 2.50 Mk. und Heizer erhalten einen Tagelohn von mindestens 3.80 Mk.

Die Verwaltung hatte von dem Vorhaben der Arbeiter bereits Kenntnis erhalten, bevor noch die Kommission vorstellig wurde und hatte auch bereits einige Zugeständnisse gemacht. Im allgemeinen wurden die Forderungen der Arbeiter auch als berechtigt von der Betriebsverwaltung anerkannt. Wenn auch nicht alles, was die Arbeiter forderten, zugestanden wurde, so sind doch immerhin einige nennenswerte Vorteile erzielt worden. Die Löhne verhalten sich im Vergleich zu früher wie folgt: Presser, Maschinisten, Heizer und Trockenhausarbeiter erhalten jetzt pro Schicht 4.00 Mk., früher 3.00 Mk. Für 24-stündige Sonntagsarbeit werden jetzt 9.00 Mk., früher 7.80 Mk. gezahlt; und für Sonntagsarbeiten auf dem Braunkohlendock (sechstündig) sollen jetzt 4.50 Mk. gezahlt werden, während früher nur 3.70 Mk. dafür gezahlt wurden. Der Lohn der jugendlichen Arbeiter, welcher bisher 1.50-3.20 Mk. betrug, wurde auf 2.00-3.50 Mk. erhöht. Es sind wie gesagt, gleich beim ersten Anlauf ganz erhebliche Erfolge erzielt worden und es werden auch weitere Erfolge erreicht werden, wenn sich die Braunkohlensarbeiter sämtlich dem Verbands angeschlossen. Leider haben sich auch bei dieser Lohnbewegung wieder einige Arbeiter unbillig hervorgetan. So hielt es einer für nötig, dem Meister mitzutheilen, wenn es zum Streik käme, würde er arbeiten und auch noch seinen Sohn mit zur Arbeit bringen. Er preis sich also nur nicht selbst als eventuel Streikbrecher an, sondern stellte es sich noch in Aussicht weitere zu besorgen. Ein anderer, dem anscheinend bei der Lohnbewegung das Herz schon in die Hosen gefallen war, sah sich genötigt, die Arbeiter zu warnen, sich nicht von den „Bögern in den Streik treiben“ zu lassen, und auch sonst gab dieser traurige Held sich alle erdenkliche Mühe, Mißtrauen bei den Arbeitern gegen die Organisationsleitung zu erwecken. Und dieser Mann ist Mitglied des „christlichen“ Gewerksvereins und ein eifriger Agitator für denselben! Großen Schaden kann der Mann allerdings nicht anrichten, denn daß er mit seiner Handlungsweise nur die Interessen des Unternehmers vertritt, darüber sind sich die Arbeiter auf Schallmayer klar; und sie wissen auch, was sie von einer Organisation zu halten haben, deren Agitatoren Unternehmervorteilen vertreten.

Provinz Sachsen. Staßfurt. Der Streik auf Fabrik IV des Stahlwerks Staßfurt ist beendet. Es bleibt bei den Zusagen der Verwaltung bei Beginn des Anstehens, der nur wenige Tage dauerte.

Königreich Sachsen. Das entschlossene, zeitgemäße Auftreten oft zum Ziele führt, hat sich hier wieder auf dem Zugauer Steinkohlenbauverein gezeigt. Es ist hier üblich, daß die Förderleute mit dem letzten Stöße anfahren, da ihre Arbeit ja doch nicht früher beginnt, als bis die anderen Arbeiter hineingefördert sind. Diese Vergeltung gahnte ihnen Steiger Kunert nicht und verlangte unter Strafandrohung, die Arbeiter sollten früher einfahren. Die letzteren hielten einen solchen Befehl für unbillig und befragten ihn nicht. Am andern Tage trugen sie (14 am Tag) den Steiger, ob und warum sie bestraft wären und als dieser zur Antwort gab: „Das ist meine Sache!“ traten sie einmütig in den Ausstand. Am nächsten Tage beschwerten sie sich wegen der Verletzung und ihre sonstige Behandlung durch Steiger Kunert beim Schlichter mit dem Erfolge, daß ihre Beschwerde von diesem als begründet anerkannt und Abhilfe geschaffen wurde. Darauf nahmen sie die Arbeit wieder auf. Steiger Kunert mag daraus die Lehre ziehen, daß auch die Macht eines Steigers Grenzen hat, ja, daß diese schon durch 14 junge Leute gezogen werden kann. Wenn er sich doch für die Zukunft merkt und danach handelt, wird ihm manche Unannehmlichkeit erspart bleiben.

Zwickauer Revier. Der Streik auf den Wilhelmshächten ist ausgeblieben. Obwohl eine am Sonntag den 14. April in Vorderenriedel bei Zwickau stattgefundene Belegschaftsversammlung mit 285 gegen 87 Stimmen den Streik beschloß, mußte die Betriebsleitung ins Zwickauer Revier die Zustimmung zu diesem Streik verweigern, weil nur ein geringer Teil der Belegschaft an der Abstimmung teilnahm und auch daran erinert wurde, daß die Inorganisierten auf die Unterstützung durch den Verband nicht zu hoffen haben. Vorher hatte die Grubenverwaltung mit Erfolg noch durch folgenden Aufschlag auf die Bergleute einzuwirken versucht. Derselbe lautet:

An die Belegschaft!

Der Belegschaft geben wir hierdurch bekannt, daß eine Wiedereinstellung der von uns entlassenen Arbeiter auf keinen Fall erfolgen wird. Wir ermahnen die Belegschaft eindringlich, sich nicht zur Arbeitsüberlegung verleiten zu lassen. Beschwerden irgend welcher Art, insbesondere solche über Erstickungen, die als Mißstände empfunden werden, sollte man entweder unmittelbar oder durch den Arbeiterausschuß bei dem unterzeichneten Bezugsdirektor anbringen. Es wird zugesichert, daß Maßnahmen wegen Abbringung von Beschwerden nicht erfolgen.

Wilhelmshacht I, den 12. April 1907.

Das Direktorium des Zwickauer Oberhohndorfer St. A. B. B.

M. Däherrig, G. Wächter.

Die Zustimmung, Maßnahmen wegen Abbringung von Beschwerden nicht vorzunehmen zu wollen, hat viel dazu beigetragen, noch einmal die Hoffnung bei vielen Belegschaftsmitgliedern aufkommen zu lassen, daß die Grubenverwaltung mit ihrer Haltung den Arbeitern gegenüber sich nunmehr auf eine andere Bahn begibt, wie bisher. Wir teilen diese Hoffnung der Belegschaft nicht, da wir die schäffigen Grubenbesitzer kennen. Aber schließlich ist kein Streik besser als ein höchstloser Kampf und wir freuen uns, daß die Versammlung schließlich auch den Entschluß faßte, von einem Streik abzusehen.

Grubenunglücke.

Altenwald. Bei der Einfahrt der Frühlingsfahrt ging am 16. April ein Kolonischachte der Förderkorb zu hoch. Drei Mann sind verletzt. Die Menschenförderung findet erst seit Januar 1907 an dem zu diesem Zwecke neu hergerichteten Schachte statt. Die elektrisch betriebene Fördermaschine ist nach neuester Konstruktion mit Brems- und Stromausfallsicherungen versehen. Ein Zughochgehen des Korbes schien als vollständig ausgeschlossen. Als Förderkorb ist ein Bandseil in Betrieb, das nicht über einen Seiltor sondern um eine Scheibe geführt ist.

Essen. Auf der Zeche Joachim ist ein Monteur der Starkstromleitung zu nahe gekommen und sofort getötet worden.

Glückbeck. Etwas verunglückt ist auf Zeche Hohlke der Bergmann Friedr. Vortag durch Sturz von einer hohen Treppe. Der Tod trat infolge eines Schädelbruchs ein.

Seifen. In der Grube der Zeche Rosenblumendelle wurde der Bergmann Wilhelm Kuhlewert aus Fulda von aus dem Hangenden stürzenden Kohlenmassen getroffen und demartig schwer verletzt, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Der Verunglückte hinterläßt Frau und fünf kleine Kinder.

Raugendree. Verunglückt ist auf der Seibenplaneten der Bergmann V. Er geriet unter herabfallende Gesteinsmasse und wurde dabei an Nackgrate schwer verletzt.

Mengede. Auf der Zeche Viktor war der Bergmann Sabala im Begriff, einen mit Steinen beladenen Förderwagen umzuwerfen, als plötzlich ein starker Anfall im Gebirge erbrachte und die Stempel und Hölzer nachgaben, so daß die darüber lagernden Kohlen- und Gesteinsmassen einstürzten. S. wurde unter ihnen begraben. Nach den sofort vorgenommenen Befreiungsversuchen konnte S. nur als Leiche geborgen werden. Auf der Zeche Adolf von Hansemann stürzte der Gauer Wladislaus Brinsk 65 Meter tief in den Schacht und wurde sofort getötet. Die von den Kameraden zu Tage geförderte Leiche mit außer anderen Verletzungen eine vollständige Zerkleinerung des Kopfes und den Bruch beider Unterarmknochen.

Überhausen. Bei Ausübung seines Berufes stürzte der Bergmann Kunze auf Zeche Überhausen in den Schacht und war sofort tot. S. ist verheiratet und Vater von mehreren unmündigen Kindern.

Weitmar. Auf Zeche Prinz Regent erlitt der Bergmann Strammann eine Verletzung durch Herabbrechen von Kohlen, es gelang, denselben nach zweistündiger Arbeit aus seiner bedrückender Lage zu befreien.

Rekte Nachrichten.

Die Knappschäfts-Erskathwahl welche am 20. April in Stoppenberg für den verstorbenen Altkameraden Jendekämper stattfand, hat mit einer Niederlage des Verbandes geendet. Die Verbandskandidaten erhielten 148 bzw. 147 Stimmen, während es die Kandidaten des Gewerksvereins auf 208 bzw. 205 Stimmen brachten. Dieses Ergebnis ist für uns nicht niederschmetternd, wie die Essener Volkszeitung schreibt, sondern es war bei den unbilligen Zuständen in Stoppenberg vorauszusetzen. Diejenigen, welche durch ihre fortwährende Stänkelei das Zurückgehen der Zahlstelle und auch diese Niederlage verschulden, kommen jetzt hoffentlich zur Einsicht und halten mal bei sich Einkehr und Umkehr. Daß die „Christlichen“ unter normalen Verhältnissen in Stoppenberg wenig Aussicht auf Siege haben, dürfte auch der Essener Volkszeitung bekannt sein.

Verichtigungen.

In Nr. 10 unserer Zeitung ist in einer Notiz in der Rubrik „Mißstände auf den Gruben“ unter „Zeche Konstantin der Große II“ ausgeführt, daß der Kamerad Wilhelm Vogl sich anscheinend für zu gut hielt, mit gewöhnlichen Bergarbeitern zu fahren. Kamerad Vogl ersucht uns mitzuteilen, daß dem nicht so sei, sondern daß laut Fahrbuch mit dem letzten Zuge, womit die Schieffmeister mit der Munition fahren, keine anderen Personen fahren dürfen. Wir gestehen, daß dem Kameraden Vogl Unrecht geschehen ist und nehmen deshalb die ihm gemachten Vorwürfe gern zurück. Damit ist Kamerad Vogl jedenfalls zufriedengestellt.

Briefkasten.

J. W. Dier. Wir können leider Deine Fragen nicht beantworten, weil uns der betreffende Fahrscheiter persönlich nicht bekannt ist. Wir können also auch nicht sagen, ob er einen kleinen schwarzen Schnurbart und schwarzes Haar hat, und ob er nur drei Rufe hoch ist. Auch können wir nicht sagen, ob es einer Vizepräsidenten oder kleiner Sohn ist. Fragen müßten wir ihn aber auch nicht gerne, denn es wäre doch möglich, daß er das krumm nähme. Doch das wird sich ja mit der Zeit herausstellen. Wenn er in seinem neuen Wirkungskreise auch wie ein Frähdler umherlaufen sollte, werden es die Rumpels auf Zeche S. . . bald merken, und uns Mitteilung machen; wir werden dann aber gewiß nicht verfehlen, Deine Mißbegierde zu befriedigen. Besten Gruß. — J. W. Altkameraden. Eingekandt zur Aufnahme nicht geeignet. Wir können uns in unserem Blatte nicht auch noch mit Kaffebohnenhändlern, Waidbränden und sonstigen Sachen befassen. Wir wären schon froh, wenn wir in unserem Blatte alle in unserm Fach einschlagenden wichtigen Vorfälle behandeln könnten. — Wutendorf 100. Daß den Bergarbeitern die Achtungsdienstleistungen inkl. Ein- und Ausfahrt zugesichert werden sein soll, beruht auf einem Irrtum. Gefordert ist sie allerdings worden, aber leider noch nicht erreicht. Heute besteht im Aufgabebereich die Achtungsdienstleistungen ohne Ein- und Ausfahrt, doch darf nach dem Willigen. Vergleiche die Arbeitszeit durch die Seifahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden. — Prosper II. Die Sache ist ja bereits in Nr. 15 unserer Zeitung behandelt worden. — Nach Brechten. Doch nicht so kühnlich, immer eins nach dem anderen (wie der Fuchs sagt), als er ein Dugend Kleinklein zum Frühstück verscherte. Wir haben noch Einwendungen liegen, die schon älter sind, als Cures. Also immer Geduld, es kommt alles. — W. Recklinghausen. Wir fühlen uns sehr geschmeichelt, daß wir Deine Anerkennung gefunden. Das passiert uns leider nicht oft; in der Regel sind die Rumpels mit uns unzufrieden, weil ihre Verichte gar nicht oder doch „bestimmte“ gebracht werden. — S. S. Westphalen. Bei Einwendungen für die Redaktion darf das Papier nur auf einer Seite beschreiben werden. Wie oft müssen wir das wiederholen! Wer das aber nicht beachten will, muß sich auch damit abfinden, wenn er für den Papierkorb schreibt. — W. Tartin. Es existiert keine Vorchrift, monach drei Maschinenwärter bei der Förderung anwesend sein müssen, ein Mißstand liegt in dieser Beziehung also nicht vor. — M. Monenberg. Dunkel ist der Rede Sinn. Da wir die näheren Umstände nicht kennen, wissen wir auch nicht, was da los war. Schreibe doch bitte deutlich und klar, worum es sich handelt, so wissen wir damit nichts anzufangen. — Charlottengrube (Schreiberschacht). Das Vorkommen gilt auch hier. Was ist denn dem jungen Mann beim Pulvertransport passiert? — J. W. Altkameraden. Die Praktiken über die Entlohnung des „christlichen“ Gewerksvereins haben nicht nur in der „Vöhr. Volksstimme“ gestanden, sondern in sämtlichen Zentrumsblättern und auch anderen. Darauf noch einmal einzugehen, verlohnt sich nicht. Laße sie nur, jedes Tierchen hat sein Wäckerchen; warum sollten wir dem den „Christlichen“ ihres auch nicht gönnen. — T. Vottrop. Ueber die Abrechnung des Gewerksvereins ist doch nachgerade genug geschrieben. Wir können doch nicht immer wieder darauf zurückkommen, wenn irgendwo so ein kleiner Zentrumsblätter sich damit beschäftigt. — St. Zwickau. Die Sache hat ja inzwischen ihre Erledigung gefunden. Es ist uns leid, daß Du darum auch einmal für den Papierkorb geschrieben hast. Aber tröste dich, Du stehst damit nicht allein, sondern hast noch eine ganze Anzahl Leidensgenossen. — M. Mothbach. Das Eingekandt „Zur Generalversammlung“ ist wegen den darin enthaltenen Forderungen zur Aufnahme nicht geeignet. Wie doch unser Statut einmal durch. Es auf Zeche König Ludwig in der Grube ungewöhnlich heiße Betriebspunkte sind, können wir augenblicklich nicht sagen, warm dürfte es im allgemeinen darin jedoch sein.

Verbandsnachrichten.

Achtung! Vertrauensleute! Achtung! Der heutigen Zeitungsendung liegt ein Exemplar unseres Jahresberichts pro 1905/06 bei. Derselbe ist für die Ortsverwaltung bestimmt. Sollte eine Zahlstelle beim Vorstand irrtümlich übersehen sein, so bitten wir um Nachricht.

Achtung Bezirksleiter.

Diejenigen Bezirksleiter welche uns noch nicht das gesamte Wahlergebnis nebst Wahlprotokolle und Stimmzettel zugefandt haben, werden hiermit ersucht dies sofort nachzuholen.

Auf Antrag genehmigte der Vorstand die Abhaltung eines Zahlstellenfestes den nachstehenden Zahlstellen: Wolfenbüttel am 25. Mai d. J., Niederaden am 16. Juni d. J., Walsdorf am 28. April d. J., Nieder-Sprochhövel am 25. August d. J., Ober-Planitz am 28. April d. J., Nieder-Dausfeld am 15. September d. J.

Das Ableben von Franzpendantzen wird den Zahlstellen Niederaden, Hohwege genehmigt.

Folgende Zahlstellen haben die Genehmigung zur Einrichtung beim Erweiterung der Bibliothek erhalten: Eren, Ober-Planitz.

Wegen Schädigung des Verbandes ist Nr. 230-419 Johann Sauer, Nieslinghausen ausgeschlossen.

Zur Jahresabrechnung sind zur Zahlstelle Gerdsdorf 24 Mk. für Abonnenten nachzutragen.

Osthol. Im Adressenverzeichnis ist der Name des Vertrauensmannes falsch angegeben, es muß Wilhelm Bötzger und nicht „Hölzer“ heißen. Wir bitten um Richtigstellung.

Gerden. Am 1. Mai führt der Kamerad Johann Schiwon, Auguststraße Nr. 15 die Geschäfte als 1. Vertrauensmann.

Frankengeldauszahlung.

Brombauer. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Anton Wachinski, Balthoferstraße 117. — Durholtz. Jeden ersten Sonntag nach dem 10. vormittags von 9 bis 11 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmannes W. Koch. — Geeren. In der Wohnung des Vertrauensmannes J. Hoffmann, Neue Kolonie 51b.

Bücherrevision.

Benninghofen. Nach dem Bohnntag findet Bücherrevision statt. Es wird gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu legen.

Selbstentzünden I. Die Bücherrevision findet in der ersten Hälfte des Monats Mai statt.

Röhlinghausen. Vom 25. April d. J. sind die Bücher bereit zu halten.

Schönbeck II. Vom 1. bis 15. Mai findet eine Revision der Mitgliedsbücher statt, die Kameraden werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher bereit zu legen. Ferner teilen wir mit, daß sich unsere Bibliothek nicht mehr Mittelstraße, sondern Quersstraße 11, beim Kameraden Adolf Knapp befindet, es wird um fleißige Benutzung der Bibliothek gebeten, besonders, da jetzt wieder eine ganze Anzahl neuer Bücher angeschafft worden sind. Dann sei noch auf den am Donnerstag den 4. Mai stattfindenden Ausflug hingewiesen und wird um jährliche Beteiligung gebeten.

Achtung Zugau. Die Kameraden von Zugau werden ersucht, auf Verlangen der Kassendirektoren zur Veranlassung einer Bücherrevision die Mitgliedsbücher auszuhandigen. Der Bezirksleiter.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuerlage.

Unterwieschen. Jeden letzten Sonntagabend im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Ochsenkopf“.

Jeden Sonntag nach dem 23. des Monats: Hoeslen. Nachmittags 8 Uhr, im „Café Cardinal“.

General-Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek

ist jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr u. jeden Mittwoch, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer (links), Ringstraße, geöffnet.

Amerika

Ausgabe der Fahrkarten, wie jede kostenlose Auskunft beim Generalvertreter des Norddeutschen Lloyd: Otto zur Hellen, Dortmund, Künigsberg 7.

Berginvaliden

Wenn sich durch Übernahme des Glasfabrikgeschäftes einer vorübergehender Gewerkschaft, welches Einkommen verschaffen. Schriftliche Angebote unter 841 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Rheumatismus

und Gichtleidenden teile ich gerne unentgeltlich brieflich mit, wie ich von meinen qualvollen u. hartnäckigen Leiden nach kurzer Zeit vollständig geheilt wurde.

Bochum-Hofstede.

Bechte mich den geachteten Frauen von Bochum und Umgebung hierdurch anzudeuten, daß ich mich hier selbst als Hebamme niederklassen habe und halte mich im Bedarfsfalle bestens empfohlen.

Jonass & Co.

Berlin SW. 258, Belle Alliancestraße 3. Helfen gegen Ihre unwillige Teilzahlungen die besten Waren u. Geldwaren.

Suderwich.

Empfehle mich den Kameraden von Suderwich und Umgebung als Russt-Unternehmer (Russt-Unternehmer).

Beste dem

10 Pfund eine gute 80% Kaffeebohnen, welche, bezogen, 15 Mk., 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk., 35 Mk., 40 Mk., 45 Mk., 50 Mk., 55 Mk., 60 Mk., 65 Mk., 70 Mk., 75 Mk., 80 Mk., 85 Mk., 90 Mk., 95 Mk., 100 Mk., 105 Mk., 110 Mk., 115 Mk., 120 Mk., 125 Mk., 130 Mk., 135 Mk., 140 Mk., 145 Mk., 150 Mk., 155 Mk., 160 Mk., 165 Mk., 170 Mk., 175 Mk., 180 Mk., 185 Mk., 190 Mk., 195 Mk., 200 Mk., 205 Mk., 210 Mk., 215 Mk., 220 Mk., 225 Mk., 230 Mk., 235 Mk., 240 Mk., 245 Mk., 250 Mk., 255 Mk., 260 Mk., 265 Mk., 270 Mk., 275 Mk., 280 Mk., 285 Mk., 290 Mk., 295 Mk., 300 Mk., 305 Mk., 310 Mk., 315 Mk., 320 Mk., 325 Mk., 330 Mk., 335 Mk., 340 Mk., 345 Mk., 350 Mk., 355 Mk., 360 Mk., 365 Mk., 370 Mk., 375 Mk., 380 Mk., 385 Mk., 390 Mk., 395 Mk., 400 Mk., 405 Mk., 410 Mk., 415 Mk., 420 Mk., 425 Mk., 430 Mk., 435 Mk., 440 Mk., 445 Mk., 450 Mk., 455 Mk., 460 Mk., 465 Mk., 470 Mk., 475 Mk., 480 Mk., 485 Mk., 490 Mk., 495 Mk., 500 Mk., 505 Mk., 510 Mk., 515 Mk., 520 Mk., 525 Mk., 530 Mk., 535 Mk., 540 Mk., 545 Mk., 550 Mk., 555 Mk., 560 Mk., 565 Mk., 570 Mk., 575 Mk., 580 Mk., 585 Mk., 590 Mk., 595 Mk., 600 Mk., 605 Mk., 610 Mk., 615 Mk., 620 Mk., 625 Mk., 630 Mk., 635 Mk., 640 Mk., 645 Mk., 650 Mk., 655 Mk., 660 Mk., 665 Mk., 670 Mk., 675 Mk., 680 Mk., 685 Mk., 690 Mk., 695 Mk., 700 Mk., 705 Mk., 710 Mk., 715 Mk., 720 Mk., 725 Mk., 730 Mk., 735 Mk., 740 Mk., 745 Mk., 750 Mk., 755 Mk., 760 Mk., 765 Mk., 770 Mk., 775 Mk., 780 Mk., 785 Mk., 790 Mk., 795 Mk., 800 Mk., 805 Mk., 810 Mk., 815 Mk., 820 Mk., 825 Mk., 830 Mk., 835 Mk., 840 Mk., 845 Mk., 850 Mk., 855 Mk., 860 Mk., 865 Mk., 870 Mk., 875 Mk., 880 Mk., 885 Mk., 890 Mk., 895 Mk., 900 Mk., 905 Mk., 910 Mk., 915 Mk., 920 Mk., 925 Mk., 930 Mk., 935 Mk., 940 Mk., 945 Mk., 950 Mk., 955 Mk., 960 Mk., 965 Mk., 970 Mk., 975 Mk., 980 Mk., 985 Mk., 990 Mk., 995 Mk., 1000 Mk.

Jeden vierten Sonntag im Monat: Bochum IV (Wahlbezirk). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Schäfer, „Zum Ochsenkopf“, Poststraße 17.

Jeden letzten Sonntag im Monat: Wit-Kaffe. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Wagner).

Abing. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Demuth, Pagenstr. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Ballbaum, Pagenstr.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 28. April 1907: Hr. Vorbach u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sticht in St. Vordach.

Öffentliche Sprengel-Versammlungen.

Sonntag, den 28. April 1907: Strah. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wächter, für den Sprengel Kellerwern.

Achtung! Oberhausen und Alstadt! Achtung!

Wittwoch, den 1. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Weber in Oberhausen: Grosse öffentliche Volks-Versammlung!!

Großes Konzert

mit anschließendem Sest-Ball, unter gef. Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins Alstadt und Gem. Chors Oberhausen.

Seelig's kandiierter Korn-Kaffee

nur in Original-Paketen. Vollkommenster Kaffee-Ersatz, weiß-schmackhafter als Malzkaffee.

Nur die echte

Watte B mit dem Berg ist es, wozu sie sich zu bedienen, das hat hier ein großes Kundenergebnis.

Ein Sortiment Lieder

passend zu Messengelingen bei Zahlstellenversammlungen, nach Bekanntheit Melodien.

Beste Bezugsquelle für Tapeten

Sarben, Glas Trempa, Dortmund, Schützenstraße 19, Ludwigstr. 10, am Wiener Café.

Buketts und Kränze

in jeder Ausführung 1883 Blühende und Blattpflanzen in großer Auswahl u. jed. Freitags.

Prachtkinderwagen

Spinnenwagen, Kleinförde Sportwagen, 10" Rad, od. Teilgabel, schwebend direkt der Kinderwagenfabrik Julius Tretbar, Grimma 438, 1271

Fohlleder-Ausschnitt

und Schuhmacher-Artikel Dortmund Heiligengartenstr. 9, am Steinplatz C. Meyer, Lederhandlung.

Zuderhonig

Probier-Gewicht 10 Pf., 25 Pf., 50 Pf., 100 Pf., 200 Pf., 300 Pf., 400 Pf., 500 Pf., 600 Pf., 700 Pf., 800 Pf., 900 Pf., 1000 Pf.

Marxloh. Stahlbindereien

jeder Art werden prompt und sauber zum billigsten Preise angefertigt von Peter Klein, Feldstraße 61, 881 langl. Verbandsmitglied.

Makulatur

in unserer Druckerei billig zu haben. Eidel, Böhlingshausen u. Umg.

Obst- u. Gemüsegeschäft

und übernehme auch Möbel- und Kuchengeschäfte. Johann Staroblet, Jodalde, Parkstraße 10.

Anichts-Postkarten

zum Verschickungsgebäude und Wahlscheinern unserer Verbände. Preis 100 Stück 2 Mk.

Zahlstellen-Feste.

Sonntag, den 28. April 1907: Zipsendorf. Nachmittags 4 Uhr (nach der öffentlichen Versammlung), im Gasthaus des Herrn Seifert: Ball, verbunden mit turnerischen Aufführungen und Reisesfahrten.

Sonntag, den 5. Mai 1907: Wolfenbüttel. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Ehrh. Augustin: Erstes Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball, unter Mitwirkung der Gesellschaft Strigelwitz und der Hedwigsbürger Bergkapelle.

Sonntag, den 26. Mai 1907: Bezirk Wurmrevier. Mittwoch, den 23. April 1907, im Frankenberg mit geschlossener Gesellschafts-Ball, unter gef. Mitwirkung des Arbeiterturnvereins und des Arbeitergesangsvereins „Oyra“.

Beerdigungsanzeigen

Sormulare zum Ausfüllen für die einzelnen Zahlstellen 100 Stück 50 Pfg.

H. Hansmann & Co., Bochum

Ewig jung

bleibt ein Gesicht mit weißem zartem Teint, zarter sammetweicher Haut sowie ohne Zimperprossen und Hautunreinigkeiten, daher gebraucht man die echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Waderstr. 3, St. 50 Pf. überall zu haben.

Geschäfts-Übernahme.

Den Bergarbeitern von Eickel und Umgebung hierdurch zur Nachricht, daß ich das bisher von Herrn Cabellet geführte Barbier- und Friseur-Geschäft übernommen habe und bitte, mich Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.

Zigarren, Zigaretten und Ansichtspostkarten

in empfehlende Erinnerung. Achtungsboll Gustav Huhndorf, Eickel, Barbier und Friseur, Wollkestraße 5.

„Superior“-Fahreräder

Es vorzüglichsten und im Gebrauch die billigsten sind! Hauptbestandteile: Nähmaschinen, Wasch- u. Wringmaschinen, Taschen- und Wanduhren, Waffen.

Erster Geschäftsbericht

des Bochumer Arbeiter-Sekretariats, umfassend die Zeit vom 23. April 1902 (Erfassung) bis 31. Dez. 1906. Der Bericht, 266 Seiten stark, enthält eine Fülle reicher Materials, notwendig aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung und dürfte daher sehr lehrreich sein.

Preis für Mitglieder der dem Sekretariat angehörenden Gewerkschaften nur 10 Pfg. Im Buchhandel 50 Pfg. Preis für Mitglieder der Gewerkschaften durch die Reichsversicherungsanstalt über dem Sekretariat.

Borgkamen.

Unsern lieben Vater u. Schwieger-vater Josef Helmbach zu seinem am 1. Mai stattfindenden 44. Weigensefeste ein donnerndes Lebe hoch!

Wie diesen Glückwunsch erachten wir auch einen kleinen Dank von Dir, Du brauchst dich nicht zu scheuen, uns mit 10 Pf. zu spendieren. Es wird recht dankbar angenommen und hoffentlich mit wohl bekommen. Gewidmet von den Familien G. W., P. S. und R. S.

Eppendorf.

Unsern lieben Mann und unsern guten Vater Ewald Henrich zu seinem am 25. April stattfindenden Geburtstage ein dreitausendjähriges Glück- und Segenswünsche!

Glück und Segenswünsche! Nicht bitten noch bitten, nur mutig gesellen, die Kampf es sich leistet für Wahrheit und Recht. Gewidmet von: Mu u. Es?

Hamborn II.

Unsern lieben Bruder u. Schwager Paul Genke zu seinem am 28. April stattfindenden 27. Weigensefeste ein donnerndes Lebe hoch!

Dem treuen wackeren Kampfgesossen, den nie die Mühe hat verdrängen, der stets die Fahne trug voran als treuberechtigter Ehrenmann, - ihm sei bescheiden Heil und Segen auf seinen ferneren Lebenswegen! Drum tu auch heute Deine Pflicht, Begrüß das Heilwünschende nicht. Gewidmet von seiner Frau und den Kameraden H. S., J. S., D. S., J. R., W. S., P. R., G. R., G. R.

Kaiserau.

Unsern lieben Bruder u. Schwager Paul Genke zu seinem am 28. April stattfindenden 27. Weigensefeste ein donnerndes Lebe hoch!

Nicht weil es Sitte ist und Brauch, tun wir es wie die andern auch, und wünschen Dir viel Glück u. Segen. U. nein, allein nur deshalb, weil Du ein treuer Kämpfer bist, der Not und Leid nicht vergrübelt und unerschrocken mit Hilfe ringen, im Not und Glend zu kämpfen. Gew. von E. J., H. S. und J. W.

Oberhausen.

Unsern lieben Mann und unsern guten Vater Johann Schmidt zu seinem am 28. April stattfindenden Geburtstage die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Wandle glücklich und zufrieden lange noch durch's Leben hin, Freude nur sei Dir beschieden, Segen möge Dir erblühen. Gewidmet von Frau und Kindern.

Rothenbach.

Dem Kameraden Josef Baumgart und seiner Frau zu ihrer am 28. April stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!

Das Allerbeste des Erdenglücks: Gesundheit, Frohsinn, Gelächter, Aus der Woge des Geschicks, Wünschen wir Euch jederzeit. Mögt Ihr beide zufrieden wachen, bis das bereinigt in festlichen Hallen Wir stehen in des Glückes Glanz. Gew. von den Kameraden Richard, Heinrich, Albert und Hermann.

Wiggers b. Hasslinghausen (Gerpfl.) Unsern lieben Mann und unsern guten Vater Fr. Kaufmann zu seinem am 10. April stattfindenden 30. Geburtstage die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!